

Protest oder „Störung“?  
Studenten und Staatsmacht in München um 1968

Staatliche Archive Bayerns

Kleine Ausstellungen

Nr. 12

**Protest oder „Störung“?**

**Studenten und Staatsmacht in München um 1968**

Eine Ausstellung des Staatsarchivs München

Konzeption und Bearbeitung: Gerhard Fürmetz

München 1999

Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen  
hrsg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

Schriftleitung: Albrecht Liess

Nr. 12: Protest oder „Störung“? Studenten und Staatsmacht  
in München um 1968

Eine Ausstellung des Staatsarchivs München

Konzeption und Bearbeitung: Gerhard Fürmetz

Staatsarchiv München, 28. Oktober 1999 bis 7. Januar 2000

Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 1999

Satz und Gestaltung: Karin Werth

Bezugsadresse: Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Postfach 22 11 52,  
80501 München

Druck: Danuvia Druckhaus Neuburg GmbH, 86633 Neuburg a.d.  
Donau

ISSN 1434-9868

ISBN 3-921635-51-9

## Inhalt

Zum Geleit .....	6
Leihgeber .....	8
Einführung .....	9
Katalog	
<i>Station I</i>	
Schauplatz Universität: „Go-ins“, Ordnungsrecht und Hochschulpolitik .....	30
<i>Station II</i>	
Schauplatz Straße: Demonstrationen und Polizeieinsätze ....	44
<i>Station III</i>	
Schauplatz Gericht: „Justizkampagne“ und strafrechtliche Verfolgung .....	61
<i>Sonderstation</i>	
Polizeiliche Filmdokumente auf Video .....	73
Abkürzungsverzeichnis .....	77
Quellen und Literatur	
Allgemein .....	78
Zu München .....	86

## Zum Geleit

Die Ereignisse, die im Jahre 1967 die Züge einer Massenbewegung annahmen und 1968 zu beträchtlichen Störungen des deutschen Hochschullebens und zu spektakulären Straßendemonstrationen führten, haben unter dem Namen „68er-Bewegung“ zwar eine unspezifische, doch anhaltend signifikante Bezeichnung erfahren. Eine Rückbesinnung auf die nun drei Jahrzehnte zurückliegenden Geschehnisse liegt umso näher, als der ehemals ideologisch-provokant geäußerte, dabei zynisch-subversive Drohung nicht aussparende Protest im Lichte zwischenzeitlicher Entwicklungen und Erkenntnisse nicht nur differenzierter betrachtet wird, sondern auch ein zu den einstigen „nonkonformistischen“ Verhaltensweisen und Ausdrucksformen um Distanz bemühtes neues Gruppenverständnis entstehen ließ. Das Staatsarchiv München als Verwahrungsort beträchtlicher sachthematischer Unterlagen zumal aus polizeilicher und staatsanwaltschaftlicher Zuständigkeit schließt sich deshalb gerne dem Kreis jener Veranstalter an, die den Ereignissen vor dreißig Jahren erneut Aufmerksamkeit zukommen lassen und gleichermaßen zur Bereicherung und zur Versachlichung der Diskussion über Entstehung, Verlauf und Ziele des außerparlamentarischen Protests im regionalen Bereich beitragen möchten.

Die Ausstellung sucht sich den Ereignissen weniger auf chronologischem Wege als vielmehr von unterschiedlichen Schauplätzen her anzunähern: Im universitären Umfeld nahmen die Unruhen Gestalt an, von hier aus griffen sie auf die Öffentlichkeit über. Auf den Straßen und Plätzen der Stadt gewannen die Demonstrationen Massencharakter, hier eskalierten aber auch die Spannungen zwischen den provokanten Demonstranten, den ihnen entgegentretenden Ordnungskräften und den um Vermittlung bemühten Vertretern des öffentlichen Lebens. Als „Störung“ und Protest auch vor den Gerichten nicht halt machten, sondern den Delinquenten bis in die Gerichtssäle folgten und „Umfunktionierungen“ der Prozessabläufe drohten, entwickelte sich hier ein dritter Schauplatz. Jeder dieser in der Ausstellung behandelten drei Schauplätze bietet seinen besonderen Bereich, Handlungen und Akteure im jeweils spezifischen Umfeld anhand der überlieferten Originaldokumente aufzuzeigen.

Mein besonderer Dank gilt zunächst Herrn Archivreferendar Gerhard Fürmetz M.A., der sich der Erarbeitung der Ausstellung und des Kataloges im Rahmen der während der Referendarsausbildung geforderten Lehrausstellung angenommen hat. Mit wertvollen Anregungen trugen weiterhin bei: Herr Archivrat Dr. Christoph Bachmann M.A., Herr Dr. Karl-Ulrich Gelberg, Herr Stefan Hemler, Herr Archivoberrat Dr. Michael Stephan sowie alle Referendarskolleginnen und -kollegen des Bearbeiters. Aufrichtig zu danken ist ferner Frau Christine Dombrowsky (Archiv 451), Herrn Günther Gerstenberg (Archiv der Münchner Arbeiterbewegung), Herrn Heinz Koderer (APO-Archiv München), Frau Eva Rimmele (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte) sowie Herrn Dr. Wolfgang Smolka (Archiv der Ludwig-Maximilians-Universität München). Um die technische Realisation des ausstellungsbegleitenden Video-Bandes hat sich in ganz besonderer Weise Herr Dietmar Heinzl (Hochschule für Fernsehen und Film) verdient gemacht. Bei der fachgerechten Präsentation der Exponate unter den räumlichen Bedingungen des Staatsarchivs München haben schließlich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Restaurierungswerkstätte des Bayerischen Hauptstaatsarchivs ein weiteres Mal ihre Fähigkeiten und ihr Geschick unter Beweis gestellt.

Dr. Alfred Tausendpfund  
Ltd. Archivdirektor  
Vorstand des Staatsarchivs München

## Leihgeber

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (Nr. 13c, 25–26, 27b, 28b, 29b, 33b, 44c–d)

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München (Nr. 1a, 1c, 2, 4, 6–11, 12b, 14, 20, 22, 24, 27a, 28a, 30a, 31, 33a, 34, 39, 44a)

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I (Nr. 35, 37)

Universitätsarchiv München (Nr. 3, 5, 44b, 44e)

## Einführung

### I.

Um die Studentenproteste der späten sechziger Jahre in Westdeutschland ranken sich bis heute hauptsächlich persönliche Erinnerungen und Anekdoten<sup>1</sup>. Reichhaltig war bereits der Diskussionsbedarf der unmittelbaren Zeitgenossen<sup>2</sup>. Typisch wurde alsbald die selbstreflexive Betroffenheitsliteratur, die meist im Gefolge von Jubiläumsjahren auftrat<sup>3</sup>. Ihre Bandbreite reicht bis hin zu eindrucksvollen Chroniken, Fotobänden und Filmen<sup>4</sup>. Sofern sich sozial- und politikwissenschaftliche Autoren mit dem Thema auseinander gesetzt haben, dominieren bislang subjektive Folgenabschätzungen, die der 68er-Bewegung entweder kritisch oder wohlwollend gegenüberstehen<sup>5</sup>. Erst in allerjüngster Zeit hat die Fachhistorie begonnen, den gesellschaftlich-kulturellen Umbruch um 1968 in der Bundesrepublik wie in zahlreichen anderen westlichen Industrieländern empirisch zu untersuchen, dabei den bayerischen Raum aber noch weitgehend unbeleuchtet gelassen<sup>6</sup>. Anlass für diese vorsichtige Historisierung war zweifellos das 30-jährige Jubiläum im vergangenen Jahr 1998.

Unbestritten scheint inzwischen, dass die studentisch geprägte Außerparlamentarische Opposition (APO) als „politische Protestbewegung“ und zugleich als „Motor gesellschaftlicher Veränderungen“ zu interpretieren ist<sup>7</sup>. Zu einer der beherrschenden Fragen wird zunehmend, ob es sich bei den prozesshaften Ereignissen zwischen 1965 und 1970 einschließlich deren Nachwehen in den frühen siebziger Jahren um eine Studentenrevolte, einen Generationenkonflikt oder eine Kulturrevolution handelte<sup>8</sup>. Neuere Forschungen qualifizieren die protestreiche Dynamik der APO als „soziale Bewegung“, die die politische, soziale und kulturelle Beschaffenheit der Bundesrepublik nachhaltig gewandelt habe<sup>9</sup>. Welche Veränderungen sich daraus für die administrative Struktur des Landes und ihr Normengefüge ergaben, ist allerdings erst in Ansätzen erforscht<sup>10</sup>. Eine befriedigende Gesamtdarstellung ist noch nicht in Sicht.

Als Haupthindernis für eine abgewogene Analyse der Konflikte und sozialen Veränderungsprozesse gegen Ende der sechziger Jahre gilt hauptsächlich die emotionale Nähe vieler heutiger Zeitgenossen zu den

kaum 30 Jahre zurückliegenden, meist biographieprägenden Vorgängen von damals. Erschwert wird die historische Forschung aber auch durch den eingeschränkten Zugang zu einschlägigen Quellen, mit deren Hilfe sich Rückschlüsse auf das Handeln und die Motive aller beteiligten Akteure gewinnen ließen<sup>11</sup>. Bislang ist man vor allem auf gedrucktes Material, Presseberichte, Fotoaufnahmen und Selbstzeugnisse angewiesen. Reichhaltiges Schrift- und Bildgut versprechen künftig die öffentlichen Archive unterschiedlicher Träger, deren Fundus gegenwärtig ausgelotet und erschlossen wird<sup>12</sup>. Die Benutzung der in staatlichen und privaten Institutionen erwachsenen Dokumente – sofern sie nicht noch bei den Behörden selbst lagern – stößt allerdings weiterhin auf rechtliche Einschränkungen, da die gültigen Archivgesetze im Hinblick auf die generelle Aktenöffnung und den Personenschutz bestimmte Sperrfristen vorsehen<sup>13</sup>.

## II.

Hier setzt nun die gezeigte Ausstellung exemplarisch an. Mit ihr wird in zweifacher Hinsicht Neuland betreten. Zum einen ist es das erste Mal in der langen Ausstellungstradition der bayerischen staatlichen Archive wie auch der meisten anderen archivischen Einrichtungen der Bundesrepublik, dass eine soziale Protestbewegung behandelt wird, die eine Vielzahl sichtbarer Spuren in der staatlichen Schrift- und Bildüberlieferung hinterlassen hat<sup>14</sup>. Reizvoll erscheint die Thematik zum anderen aus archivstrategischer Sicht. Ein großer Teil der Exponate wird zum ersten Mal öffentlich zugänglich gemacht, denn vor Ablauf der obligatorischen Aktenschutzfrist von 30 Jahren war eine Benutzung kaum möglich. Die Ausstellung gibt somit – anders als die drei bisher in München gezeigten kleineren Retrospektiven zum Thema<sup>15</sup> – Einblick in Bestände, die von der Forschung noch nahezu unberührt sind. Sie eröffnet zugleich neue Perspektiven für die lokale Aufarbeitung der 68er-Geschichte, die noch nicht über erste wissenschaftliche Schritte hinausgekommen ist<sup>16</sup>, sieht man von einigen subjektiv gefärbten Erinnerungsberichten ab<sup>17</sup>. Die gezeigten Objekte und der vorliegende Begleitkatalog bieten Anknüpfungspunkte für weitere Analysen, aber auch für persönliche Nachfragen. Mit der Ausstellung wird also ein zeitgeschichtlicher Akzent gesetzt, der die Bedeutung der

öffentlichen Archive als Überlieferungsort mit einer bemerkenswerten Vielfalt von Dokumenten nachhaltig unterstreicht.

Konkret widmet sich die Ausstellung der Situation der Jahre 1967 bis 1969 in der bayerischen Landeshauptstadt München. Das vermeintliche Epochenjahr 1968 wird somit eingebettet in den Kernzeitraum der bundesdeutschen Studentenbewegung der sechziger und frühen siebziger Jahre, der sich für München in eine Frühphase (1965–1967), eine Hauptphase (1967–1968) und eine besonders konfliktreiche Spätphase (1968–1969) unterteilen lässt<sup>18</sup>. In der größten bayerischen Hochschultadt entwickelte sich eine einzigartige Atmosphäre „antiautoritärer“ und „spontanistischer“ Aktionen, die sich merklich von der Situation an anderen Brennpunkten der Studentenproteste wie Berlin oder Frankfurt abhob<sup>19</sup>. Zugleich war München Sitz von zentralen Staats- und Regierungsbehörden. Der Rest der bayerischen Hochschullandschaft<sup>20</sup> – neben München existierten noch Landesuniversitäten in Erlangen und Würzburg sowie seit 1967 bzw. 1969 die Neugründungen in Regensburg und Augsburg – fiel weniger stark ins Gewicht, obwohl sich vor allem in Erlangen ebenfalls eine lokalspezifische Protestkultur entwickelte<sup>21</sup>. Ausgeklammert wird im Übrigen auch die Schüler- und Lehrlingsbewegung, die sich zwar an die studentische Unruhe anlehnte, aber eigenständige Züge trug<sup>22</sup>.

München als einer der wichtigsten Universitätsstandorte Deutschlands wurde so zum Schauplatz mannigfacher Konflikte zwischen sechs unterschiedlichen Akteursgruppen: erstens frustrierte, mit ideologisch-revolutionärem Gedankengut erfüllte Studenten einschließlich außeruniversitärer Symphantisantenkreise<sup>23</sup>, zweitens abwehrwillige Reformgegner innerhalb der Studentenschaft, drittens staatliche und universitäre Institutionen, viertens die gewählte Volksvertretung, fünftens die Bevölkerung, die teils beobachtend, teils unter dem Einfluss der veröffentlichten Meinung selbst handelnd auftrat, sowie sechstens die öffentlichen Medien, deren Wirkung kaum zu unterschätzen ist<sup>24</sup>. Studentischerseits agierten neben exponierten Individualisten hauptsächlich feste Gremien wie die Allgemeinen Studentenausschüsse, APO-Organisationen und Hochschulgruppen unterschiedlicher Couleur, die jeweils beanspruchten, die Masse ihrer Kommilitonen zu vertreten.<sup>25</sup> Diese aktivistische Basis vergrößerte sich unter bestimmten Umständen erheblich. Auffällig ist, dass die studentischen Protago-

nisten überwiegend männlich waren. Trotz dieses stark patriarchalischen Zugs spielten Frauen in der Studentenbewegung eine wichtige Rolle<sup>26</sup>. Auf staatlich-parlamentarischer Seite traten vor allem fünf institutionelle Bereiche hervor: die Staatsregierung, die Kultus- und Universitätsbürokratie, der Polizei- und Sicherheitsapparat, die Justiz und der Landtag<sup>27</sup>.

Wegen der Überlieferungslage konzentriert sich die Ausstellung in erster Linie auf die Berührungspunkte zwischen den protestierenden Studenten und den Repräsentanten der Staatsmacht. Das vorgefundene Archiv- und Sammlungsgut spiegelt nämlich überwiegend Reibungsflächen und Konflikte wider. Im Vordergrund der Ausstellung stehen deshalb Methoden, Mittel und Formen der Konfliktaustragung um 1968. Welche Ursachen und Folgen die Unzufriedenheit der studentischen Protestgeneration hatte, kann dagegen nur angedeutet werden. Wichtig erscheint zugleich, ein nostalgisches Eintauchen in die Protestjahre ebenso zu vermeiden wie eine unkritische Rechtfertigung der staatlichen Gegenmaßnahmen. Ziel der Ausstellung ist stattdessen, Standpunkte, Motive und Strategien der beteiligten Akteure offen zu legen, um ein anschauliches Zeitbild entstehen zu lassen. Der Betrachter soll angeregt werden, einerseits die damaligen Ereignisse nachzuerleben, andererseits kritisch hinter die Kulissen staatlicher wie studentischer Interessenpolitik zu blicken. Es geht also *nicht* primär um die Dokumentation des Lebensstils der „68er“ oder um deren Selbstsicht im Stil einer Nabelschau.

Protestiert wurde zwischen 1967 und 1969 gegen eine ganze Palette tatsächlicher oder vermeintlicher Missstände: gegen die Ordinarienuniversität und die reformbedürftigen Studienbedingungen, gegen die Notstandsgesetzgebung<sup>28</sup>, gegen die Große Koalition in Bonn und das Aufleben rechter Parteien, gegen harte Polizeieinsätze und „politische Justiz“, gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und die unaufgearbeitete NS-Vergangenheit der Bundesrepublik<sup>29</sup>, gegen die vom Springer-Konzern dominierte Presselandschaft, gegen den amerikanischen Vietnamkrieg<sup>30</sup>, gegen autoritäre Regime in Staaten wie Iran und Griechenland, gegen die Ausbeutung der Dritten Welt<sup>31</sup> und vieles mehr. Querverbindungen zur zeitgenössischen Literatur, Kunst und Musik förderten dabei neue Artikulationsformen<sup>32</sup>. Aus der Sicht der staatstragenden Organe handelte es sich bei den Protestaktionen frei-

lich meist um Störungen eines nach festen Regeln ablaufenden Universitätsbetriebs oder einer juristisch fixierbaren „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“. Mit dieser Betonung des Konfliktcharakters der 68er-Bewegung soll allerdings nicht in Abrede gestellt werden, dass die damalige Studentengeneration auch einen friedlichen Kultur- und Wertewandel auslöste oder zumindest beschleunigte<sup>33</sup>.

### III.

Um dem gesteckten Anspruch gerecht zu werden, wurde als Gliederungsprinzip für die Ausstellung nicht die Chronologie der Ereignisse gewählt<sup>34</sup>, sondern ein systematischer Zugriff. Die zu 45 Exponatthemen zusammengefassten 64 Ausstellungsstücke sind um drei verschiedene „Schauplätze“ gruppiert: Universität, Straße und Gericht. Jeder der drei inhaltlichen Blöcke kann für sich allein stehen, weist aber Querverbindungen zu den übrigen Stationen des Rundgangs auf. Außerhalb dieser Anordnung rangiert lediglich eine Sequenz aus zehn Filmausschnitten, die auf Videoband präsentiert wird (Nr. 45a-j)<sup>35</sup>.

Einen ersten wichtigen Schauplatz der Studentenunruhen um 1968 bildeten die Universitäten selbst (Station I: Nr. 1–14). Mit dem am Salvatorplatz gelegenen Kultusministerium, das eine neue Hochschulgesetzgebung vorbereitete, bot sich ein zusätzlicher Angriffspunkt für die Münchner Studentenbewegung<sup>36</sup>. Auf welche „Störungen“ des Hochschulbetriebs die zuständigen Verwaltungs- und Polizeibehörden wie auch die so genannte Volksmeinung besonders gereizt reagierten, zeigen mehrere Vorfälle aus der Zeit zwischen Herbst 1967 und Sommer 1969. Sie illustrieren exemplarisch, mit welcher vielfältigen Protestformen einzelne Studentengruppen öffentlichkeitswirksam auf Missstände an den Universitäten aufmerksam machten und wie sie ihre Reformvorstellungen in die Tat umsetzen wollten. Aus der US-amerikanischen Protestkultur übernommene Instrumente wie „Go-in“, „Sit-in“ und „Teach-in“ gehörten hier ebenso dazu wie die Besetzung ganzer Institute oder Universitätsteile. Die Räume in den Münchner Hochschulen wurden so zu einer Art Bühne, auf der nicht nur alltägliche Provokationen abliefen. Hier trugen unzufriedene, gegen die traditionellen universitären Strukturen rebellierende Studenten handfeste Machtproben mit den Vertretern des etablierten Systems aus. Die

Auseinandersetzungen innerhalb der Universitäten stehen somit stellvertretend für das Ringen um die gesellschaftliche und politische Ordnung in der Bundesrepublik der späten sechziger Jahre.

Der zweite Schauplatz, auf dem APO-Studenten und Staatsorgane regelmäßig zusammenstießen, lag praktisch unter freiem Himmel (Station II: Nr. 15–32). Auf der Straße bot sich den Studenten genau die aufmerksame Öffentlichkeit, die sie für ihre Ziele benötigten. Straßen und Plätze waren aber zugleich Verkehrsflächen, und so kam es immer wieder zu Interessenkonflikten. Der öffentliche Straßenraum wurde auf diese Weise zur umkämpften Politikarena, in der beide Seiten bestimmte Strategien entwickelten, um sich durchzusetzen. Hier spielten sich im Rahmen von Demonstrationen, Protestveranstaltungen und „Happenings“ vor allem die kleinen und großen Auseinandersetzungen mit der Polizei ab. Die Polizei, die für die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ verantwortlich war und mit ihrem Gewaltmonopol gleichsam den ungeliebten Staat verkörperte, avancierte in dieser Rolle zum symbolischen Hauptgegner der 68er<sup>37</sup>. Nicht vergessen werden darf allerdings die Schlüsselfunktion der Medien, die ihrerseits Erwartungen äußerten und Druck auf die Konfliktparteien ausübten.

Viele Protestaktionen der 68er-Studenten führten prompt zu strafrechtlichen Konsequenzen. Der bundesdeutsche Rechtsstaat reagierte mit einem Strafgesetzbuch, dessen einschlägige Paragraphen wie Aufruhr, Auflauf und Landfriedensbruch noch den Geist des 19. Jahrhunderts atmeten. Selbst vergleichsweise harmlose Handlungen konnten damit als schwere kriminelle Delikte geahndet und entsprechend scharf sanktioniert werden. Die Maßnahmen der Justiz dienten so der exemplarischen Aburteilung vermeintlicher „Rädelsführer“ und der Abschreckung künftiger Rechtsbrecher<sup>38</sup>. Gegen diese als „politische Justiz“ empfundene Praxis zogen Studentengruppen mit aller Kraft zu Felde. Die vor allem vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund betriebene „Justizkampagne“ von 1968/69 provozierte erneut zahlreiche Strafverfahren. Die Münchner Gerichtssäle wurden auf diese Weise zum dritten Schauplatz der Konflikte zwischen Studenten und dem Staatsapparat (Station III: Nr. 33–44). Besonders hohe Wellen schlugen dabei die Fälle des zeitweiligen AStA-Vorsitzenden der Münchner Universität, Rolf Pohle, und des SDS-Studenten Reinhard Wetter<sup>39</sup>. Als

1970 eine Strafrechtsreform kam, wurden die meisten studentischen Demonstrationstäter amnestiert.

#### IV.

Zum besseren Verständnis der drei Konfliktszenarien folgt eine kurze Skizze der Münchner Hochschullandschaft und der wichtigsten institutionellen Akteure zurzeit der Studentenbewegung. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gab es in der Landeshauptstadt mehr als neun Universitäten bzw. hochschulähnliche Einrichtungen. Die bedeutendste Stellung nahm die *Ludwig-Maximilians-Universität* (LMU) ein, die im Sommersemester 1968 knapp 22.000 Studenten zählte und damit die mit Abstand größte Hochschule der Bundesrepublik war. Daneben existierten die *Technische Hochschule* (TH), die *Hochschule für Politik*, die *Pädagogische Hochschule* (PH), die *Akademie der Bildenden Künste*, die *Staatliche Hochschule für Musik*, die *Hochschule für Fernsehen und Film* (HFF) und mehrere Ingenieur- und Fachschulen, die 1970 zur staatlichen *Fachhochschule* zusammengefasst wurden. Insgesamt studierten in München rund 40.000 Personen<sup>40</sup>. Innerhalb dieser differenzierten Struktur agierten Selbstverwaltungsorgane. Neben den Hochschulbürokratien mit Präsidenten, Rektoren und Senaten an der Spitze gehörten dazu auch die Gremien der Studentenvertretung, darunter die *Allgemeinen Studentenausschüsse* (AStAs) mit ihren Referaten als Exekutive, die *Fachschaften* und die gewählten *Studentenparlamente* wie etwa der Konvent der LMU als Legislative<sup>41</sup>. Als loser, überregionaler Zusammenschluss fungierte der *Verband Deutscher Studentenschaften* (VDS), der in Bayern einen eigenen Landesverband unterhielt.

Hinzu kamen auf studentischer Seite zahlreiche hochschulpolitische Gruppierungen, die das ganze Spektrum von links bis rechts abdeckten. An der hier im Mittelpunkt stehenden LMU lassen sich zwei große, relativ gefestigte Blöcke ausmachen, deren Gewichte sich im Lauf der Studentenbewegungsjahre ständig verschoben, sodass sie abwechselnd den AStA stellten<sup>42</sup>. Dem liberal- bzw. linksorientierten Wahlbündnis, der *Münchner Wahlgemeinschaft* (MWG), die sich Ende 1967 als *Aktionsgemeinschaft Demokratische Universität* (ADU) neu konstituierte und ab 1968 mit dem *Fachschaftenrat* (FSR) überlappte, gehörten unter Federführung des *Liberalen Studentenbunds* (LSD) so unterschiedliche



Gruppierungen an wie der örtliche Verband des *Sozialistischen Deutschen Studentenbunds* (SDS), der *Sozialdemokratische Hochschulbund* (SHB), der *Gewerkschaftliche Arbeitskreis der Studenten* (GASt), die *Humanistische Studentenunion* (HSU) und die *Deutsch-Israelische Studiengruppe* (DIS). Im katholisch-konservativen Lager schlossen sich die *Katholische Studentengemeinschaft* (KSG) und der *Ring Christlich-Demokratischer Studenten* (RCDS) nebst einigen kleineren Verbindungen Ende 1966 auf breiter Basis zur *Münchner Studenten-Union* (MSU) zusammen. Die *Evangelische Studentengemeinde* (ESG) tendierte zunächst zur MWG, dann zur MSU. Neben diesen studentenschaftlichen Organisationen bestanden auf linker Seite weitere Interessengruppen, die im Umfeld der APO angesiedelt waren, so etwa die *Kampagne für Abrüstung* (KfA) bzw. *für Demokratie und Abrüstung* (KfDA), die aus der Ostermarschbewegung hervorging, das *Kuratorium „Notstand der Demokratie“*, ein Bündnis von Gegnern der Notstandsverfassung, die *Subversive Aktion*, ein in den frühen sechziger Jahren aktiver, „antiautoritärer“ Münchner Vorläufer des SDS<sup>43</sup>, oder der *Republikanische Club*. Mit ihrer *Rechtshilfe* verfügte die Münchner APO zudem über ein juristisch versiertes Organ, das insbesondere bei Prozessen gegen Studenten und bei Aktionen gegen die Justiz auftrat<sup>44</sup>.

Differenzieren lässt sich auch der in München ansässige staatliche Verwaltungs- und Justizapparat. Innerhalb der von der *Christlich-Sozialen Union* (CSU) gebildeten *Bayerischen Staatsregierung*, an deren Spitze der *Ministerpräsident* und die ihm nachgeordnete *Staatskanzlei* standen, waren für den hier behandelten Bereich besonders die Ministerien für Inneres, Justiz sowie Unterricht und Kultus maßgeblich. Sie wurden jeweils von einem Minister und einem Staatssekretär geleitet<sup>45</sup>. Im *Kultusministerium*, dem die Dienstaufsicht über die Universitäten oblag, befasste sich die Hochschulabteilung mit der umstrittenen Universitätsreform. Zum *Innenressort*, das eine eigene Abteilung für „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ unterhielt, gehörten zum einen die allgemeinen Verwaltungsbehörden auf mittlerer und unterer Ebene. Für München kam hier die *Regierung von Oberbayern* in Betracht. Ebenfalls dem Innenministerium nachgeordnet waren die staatlichen Polizeikräfte des Landes. Darunter fiel die *Landpolizei*, die freilich nicht für die größeren Städte zuständig war und die bis 1968 von einem landeszentralen Präsidium geleitet wurde, ferner die kasernierte *Bereit-*

*schaftspolizei*, die *Grenzpolizei*, das *Landeskriminalamt* (LKA) und im weiteren Sinne das *Landesamt für Verfassungsschutz*. Das *Münchner Polizeipräsidium* in der Ettstraße stand dagegen bis 1975 unter kommunaler Hoheit<sup>46</sup>. Die Stadtpolizei gliederte sich neben der Präsidialabteilung in zwei Direktionen für Schutz- und Kriminalpolizei, diese wiederum in Polizeiämter und -reviere bzw. in Kriminalabteilungen und -inspektionen. Weiterhin verfügte das Polizeipräsidium seit 1963/64 über einen Psychologischen Dienst. Oberster Dienstherr war der *Münchner Oberbürgermeister*, dessen Stadtverwaltung die Polizei zugehörte. Die staatliche Bereitschaftspolizei trat nur dann im Stadtgebiet auf, wenn sie explizit zur Unterstützung bei größeren Sicherheitsproblemen angefordert wurde.

Mehrstufig aufgebaut war auch die dem *Justizressort* nachgeordnete Gerichtsorganisation<sup>47</sup>. Für den Stadtbereich München war bei kleineren Vergehen das *Amtsgericht* zuständig, das mit Laienschöffen arbeitete. Ging es um Verbrechen, entschied das *Landgericht München I*, dem mit der *Staatsanwaltschaft* eine eigene Anklagebehörde angeschlossen war. Auch in Berufungsfällen wurde dieses Schwurgericht mit Sitz im Justizpalast tätig. Darüber standen das *Oberlandesgericht München*, dessen Sprengel mehrere Regierungsbezirke umfasste, und als höchste Instanz das *Bayerische Oberste Landesgericht*. Eine wichtige Rolle spielte schließlich der *Bayerische Landtag*, die parlamentarische Volksvertretung des Landes, dem sowohl die Gesetzgebungskompetenz als auch eine Art Kontrollfunktion über die staatliche Verwaltung zufiel<sup>48</sup>. Der Landtag, dem neben der Regierungspartei CSU eine Opposition aus *Sozialdemokratischer Partei* (SPD) und der rechtsradikalen *Nationaldemokratischen Partei* (NPD) angehörte, nahm in seinen Plenar- und Ausschusssitzungen im Maximilianeum mehrfach auf die Studentenunruhen in der Landeshauptstadt Bezug.

## V.

Die in der Ausstellung gezeigten Objekte stammen zum überwiegenden Teil aus den beiden staatlichen Archiven Münchens<sup>49</sup>. Im *Bayerischen Hauptstaatsarchiv* (BayHStA), dem für die zentralen Landesbehörden zuständigen Endarchiv, wurden hauptsächlich die Ministerialbestände durchgesehen. Relevantes Material ist allerdings bislang erst

von der Staatskanzlei (StK), dem Innen- und dem Kultusministerium (MInn, MK) abgegeben worden; das Justizministerium (MJu) fehlt noch. Daneben sind die Akten der Präsidien von Land- und Bereitschaftspolizei einschlägig. In der Nachlass- und Sammlungsabteilung des Hauptstaatsarchivs liegen nicht nur umfangreiche Plakat- und Flugblattsammlungen, sondern auch der Bestand „Studentische Gruppen und Gremien an der LMU München“. Im benachbarten *Staatsarchiv München* (StAM) erwiesen sich hauptsächlich die Polizeiakten als ergiebig. Wichtig ist vor allem der Bestand „Polizeidirektion München“, der die reichhaltige Nachkriegsüberlieferung der Stadtpolizei enthält. Zwei Sonderbestände, das Pressearchiv und die Filmsammlung des Polizeipräsidiums, lagern ebenfalls im Staatsarchiv. Zusätzlich werden die Akten der Regierung von Oberbayern (RA) herangezogen.

Da die Münchner Justizbehörden noch keine einschlägigen Unterlagen ausgesondert haben, wurden zwei Einzelfallakten unmittelbar aus der Altregistratur der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I entliehen. Ebenfalls noch nicht zugänglich sind die Akten der Münchner Stadtverwaltung einschließlich des Bürgermeisteramts; hierfür kommt künftig das *Stadtarchiv München* (StadtAM) in Betracht. Eine wertvolle Ergänzung des in staatlicher Obhut befindlichen Materials bildet das *Archiv des Münchner Instituts für Zeitgeschichte* (IfZ-Archiv). Dort finden sich zwei nachlassartige Privatsammlungen (ED 328, ED 387), ein nach Orten und Themen geordneter Flugblattbestand (ZG/Hs München, ZG/Not), eine Druckschriftensammlung (Dn), eine kleine Zahl von Plakaten sowie Gegenstände aus der Sondersammlung (SV). Zur Abrundung steuerte das *Universitätsarchiv München* (UAM) studentische Flugblätter und Zeitungen bei. Hintergrundinformationen lieferten das Stadtarchiv München, die *Universitätsbibliothek München*, das *Archiv der Münchner Arbeiterbewegung* und die privaten Sammlungen des *APO-Archivs München* und des *Archivs 451 – Die Trikont-Bücher in ihrer Zeit*. Freilich kann nur ein kleiner Teil der gefundenen Quellenstücke in der Ausstellung präsentiert werden. Über den Katalogteil lässt sich jedoch weiteres einschlägiges Material erschließen.

Besonderer Wert wurde auf die Auswahl unterschiedlicher Archiviantentypen gelegt. Im Gegensatz zu den bisher üblichen Präsentationen der 68er-Zeit stehen deshalb Flugblätter und Fotos nicht im Vorder-

grund. Vielmehr geht es darum – sieht man vom inhaltlichen Aussagewert der gezeigten Stücke einmal ab –, anhand von Beispielen die bemerkenswerte Bandbreite an dokumentarischer Überlieferung vor Augen zu führen, mit der sich die Studentenproteste um 1968 archivistisch niedergeschlagen haben. Deshalb wird auf eine abwechslungsreiche Mischung der beiden großen Quellenkategorien gesetzt, die sich in den öffentlichen Archiven erhalten haben. Darunter fällt auf der einen Seite das funktionale Behördenschriftgut, das zum Zeitpunkt seiner Entstehung nicht für den öffentlichen Gebrauch gedacht war, auf der anderen das seinerzeit vervielfältigte und bewusst verbreitete Material aus studentischer Hand und aus der Produktion der Medien. Im Unterschied zum Behördenschriftgut übernehmen die Archive Letzteres nicht im Rahmen der durch das Bayerische Archivgesetz festgelegten Zuständigkeit, sondern durch gezielte Sammlung. Während sich in den Behördenakten vor allem ungedruckte Schriftstücke, aber auch Zeitungsausschnitte, Lichtbilder und Gegenstände wie z.B. Filmrollen finden, zählen zum Sammlungsgut hauptsächlich Druckerzeugnisse aller Art wie Flugblätter, Plakate, Transparente, Broschüren und Zeitungen<sup>50</sup>. Solche Stücke begegnen freilich auch in den Akten, etwa wenn Polizeidienststellen Beweismaterial sammelten. Eine saubere Trennung ist also nicht immer möglich. Im Ausstellungsplakat, einer Collage aus Strafanzeige (Nr. 36) und APO-Postille (Nr. 29b), wird das doppelte Quellenfundament besonders augenfällig.

Hervorzuheben ist schließlich ein Exponat, für das eine spezielle Präsentationsform gefunden werden musste. Die im Rahmen der Ausstellung gezeigten zehn Filmausschnitte (Nr. 45a–j) stammen aus einem Spezialfundus von 16-Millimeter-Filmen der Münchner Stadtpolizei aus den Jahren 1953 bis 1980, die Anfang der achtziger Jahre an das Staatsarchiv München gelangt sind. In den ausgewählten Filmsequenzen sind Protestaktionen aus dem Umfeld der 68er-Studentenbewegung in der Landeshauptstadt zu sehen. Mit einer Ausnahme wurden sie seinerzeit von Polizeibeamten am Tatort gedreht. Leider fehlen die zugehörigen Tonbänder. Die Szenen wurden bei der notwendigen Übertragung auf Videoband gegenüber den Originalfilmen gekürzt, teilweise neu geschnitten und mit Untertiteln versehen. Das Band hat eine Gesamtlänge von etwas mehr als einer halben Stunde.

Nicht alle Exponate können freilich uneingeschränkt dargeboten werden. Dem steht in erster Linie das Bayerische Archivgesetz von 1989 entgegen<sup>51</sup>. Darin ist zwar vorgesehen, behördliches Archivgut im Regelfall 30 Jahre nach seiner Entstehung für die Benützung freizugeben. Von dieser gleitenden Frist ausgenommen sind jedoch personenbezogene Unterlagen im engeren Sinne, für die besondere Schutzfristen gelten. Maßgeblich hierbei ist, ob der oder die Betroffene bereits mehr als zehn Jahre verstorben oder im Zweifelsfall über 90 Jahre alt ist. Beides lässt sich bei Akten zum Thema „1968“ nur selten annehmen. Einen Ausweg, der hier in einem Fall beschränkt worden ist (Nr. 37), bietet die Einwilligung des oder der Betroffenen, die Schutzfrist zu verkürzen. Um den wissenschaftlichen Zweck der Ausstellung zu erreichen, sind ebenfalls Ausnahmen denkbar, sofern die schutzwürdigen Belange Betroffener oder Dritter gewahrt bleiben. In zwei solchen Fällen ist dieser Vorbehalt dadurch sichergestellt, dass jeweils nur der Aktendeckel, nicht aber der Inhalt im Einzelnen sichtbar ist (Nr. 18, 35). Die Wahrung des Personenschutzes ist im Übrigen auch bei Sachakten ohne expliziten Personenbezug erforderlich. Bei drei Exponaten wurden deshalb die biographischen Daten der betroffenen Personen soweit nötig mit Papierstreifen unkenntlich gemacht (Nr. 21b, 36, 40).

Zu beachten ist ferner das allgemeine Persönlichkeitsrecht, das zum Teil über die Bestimmungen des Archivgesetzes hinausgeht. In diesem Zusammenhang steht vor allem das Recht am eigenen Bild zur Debatte. Das Kunsturheberrechtsgesetz von 1907<sup>52</sup> sieht dazu in § 22 vor, dass vor der Verbreitung oder Zurschaustellung von Fotografien die Einwilligung der abgebildeten Personen bzw. ihrer Angehörigen einzuholen ist. Dieser Passus gilt laut § 23 nicht, wenn Personen der Zeitgeschichte oder Teilnehmer von Versammlungen, Aufzügen oder ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen abgelichtet sind, was hier in den meisten Fällen zutrifft (Nr. 17, 21d, 32, 43, 45a–j). In zwei Grenzfällen wurde zumindest darauf geachtet, dass die dargestellten Personen nicht namentlich zu identifizieren sind (Nr. 13b, 19). Bei bereits veröffentlichten Fotos, z.B. in Zeitungen, ist diese Klausel hinfällig (Nr. 5, 11, 12a, 32, 41).

Werden im Kommentierungstext zur Ausstellung Akteure namentlich bezeichnet, so handelt es sich entweder um Personen der Zeitgeschichte oder um solche, deren Identität aus den jeweils gezeigten veröffent-

lichten Dokumenten hervorgeht; in allen übrigen Fällen wurde auf die Namensnennung verzichtet. Die Ausstellung vermittelt somit gleichsam im Nebeneffekt einen Eindruck davon, wo die rechtlichen Grenzen von Auswertung und Präsentation archivalischer Quellen aus dem Bereich der jüngsten Vergangenheit liegen.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Zum aktuellen Forschungsstand vgl. die Bilanz von Franz-Werner Kersting, Entzauberung eines Mythos? Ausgangsbedingungen und Tendenzen einer gesellschaftsgeschichtlichen Standortbestimmung der westdeutschen „68er“-Bewegung. In: Westfälische Forschungen 48 (1998) S. 1–19. – Für den Stand von 1994 vgl. die pointierte Zusammenfassung von Wolfgang Weber, Die „Kulturrevolution“ 1968. In: Volker Dotterweich (Hrsg.), Kontroversen der Zeitgeschichte. Historisch-politische Themen im Meinungsstreit (Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg 48), München 1998, S. 207–228.
- <sup>2</sup> Vgl. jetzt die umfassende Zusammenstellung bei Philipp Gassert – Pavel A. Richter (Hrsg.), 1968 in West Germany. A Guide to Sources and Literature of the Extra-Parliamentarian Opposition (Reference Guide 9), Washington (DC) 1998, S. 49–100.
- <sup>3</sup> Vgl. u.a. Rainer Bieling, Die Tränen der Revolution. Die 68er zwanzig Jahre danach, Berlin 1988. – Reinhard Mohr – Daniel Cohn-Bendit, 1968. Die letzte Revolution, die noch nichts vom Ozonloch wusste, Berlin 1988. – Cora Stephan, Der Betroffenheitskult. Eine politische Sittengeschichte, Berlin 1993. – Paul Berman, Zappa meets Havel. 1968 und die Folgen – eine politische Reise, Hamburg 1998. – Lutz Schulenburg (Hrsg.), Das Leben ändern, die Welt verändern! 1968. Dokumente und Berichte, Hamburg 1998. – Inzwischen sind auch erste Autobiographien erschienen, z.B. von Dieter Kunzelmann, Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben, Berlin-Kreuzberg 1998.
- <sup>4</sup> Vgl. zuletzt Michael Ruetz, 1968. Ein Zeitalter wird besichtigt, Frankfurt a.M. 1997. – Wolfgang Kraushaar, 1968. Das Jahr, das alles verändert hat, München-Zürich 1998. – Edmund Jacoby – Georg M. Hafner (Hrsg.), 1968 – Bilderbuch einer Revolte, Frankfurt a.M. 1998. – Christiane Landgrebe – Jörg Plath (Hrsg.), '68 und die Folgen. Ein unvollständiges Lexikon, Berlin 1998. – Rolf Uesseler, Die 68er: „Macht kaputt, was Euch kaputtmacht!“ APO, Marx und freie Liebe, München 1998. – Kurt Holl – Claudia Glunz (Hrsg.), Satisfaction und ruhender Verkehr. 1968 am Rhein, Köln 1998. – Mit weltweitem Bezug vgl. Tariq Ali – Susan Watkins, 1968. Marching in the Streets, New York u.a. 1998. – Zu Bayern bislang nur zwei collagenartigen Fotobände über die APO im Raum Bamberg: Werner Kohn, In der Provinz, 1968 (Das Foto-Taschenbuch 12), Berlin 1988. – Werner Kohn u.a., In Bamberg war der Teufel los. K(l)eine 68er APOlogie. Eine Collage aus mehr oder weniger zufälligen Makulatur-, Flug- und Volksblättern, Gesprächsfetzen und Momentaufnahmen, Bamberg 1993.

- <sup>5</sup> Vgl. z.B. Uwe Göbel, *Die Studenten-Bewegung und ihre Folgen. Die politische Situation an den Hochschulen zwischen 1967 und 1977* (Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik 23), Köln 1977. – Claus Leggewie, 1968: Ein Laboratorium der nachindustriellen Gesellschaft? Zur Tradition der antiautoritären Revolte seit den siebziger Jahren. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/88* S. 3–15. – Lothar Baier u.a., *Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung*, Berlin 1988. – Frank Uwe Fuhrmann u.a., *Politisierung der Revolte: Zur Bedeutung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) für die Studentenbewegung der sechziger Jahre*. In: Dietrich Herzog – Bernhard Weißels (Hrsg.), *Konfliktpotentiale und Konsensstrategien. Beiträge zur politischen Soziologie der Bundesrepublik* (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin 54), Opladen 1989, S. 145–179. – Franz Schneider (Hrsg.), *Dienstjubiläum einer Revolte. „1968“ und 25 Jahre*, München 1992. – Karl Strobel – Gisela Schmirber (Hrsg.), *Drei Jahrzehnte Umbruch der deutschen Universitäten. Die Folgen von Revolte und Reform 1968–1974* (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 7), Vierow 1996. – Johannes Agnoli, 1968 und die Folgen, Freiburg i.Br. 1998. – Hermann Lübke, 1968. Zur kulturellen und politischen Wirkungsgeschichte in Deutschland. In: Venanz Schubert (Hrsg.), 1968. 30 Jahre danach (Wissenschaft und Philosophie 17), St. Ottilien 1999, S. 185–208.
- <sup>6</sup> Kürzlich sind mehrere Sammelbände zum Thema „1968“ erschienen, die zumeist auf wissenschaftliche Tagungen zurückgehen: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17), Göttingen 1998. – Carole Fink – Philipp Gassert – Detlef Junker (Hrsg.), 1968: *The World Transformed*, New York 1998. – Etienne Francois u.a. (Hrsg.), 1968 – ein europäisches Jahr? (Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 6), Leipzig 1997. – Mit regionalem Schwerpunkt Nordrhein-Westfalen: Der gesellschaftsgeschichtliche Ort der „68er“-Bewegung. In: *Westfälische Forschungen* 48 (1998) S. 1–357. – Zu den Auswirkungen auf den kulturellen und medialen Diskurs vgl. demnächst Edgar Lersch (Hrsg.), 1968 und die Folgen. Tagung der Historischen Kommissionen des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels und der ARD in Verbindung mit dem Deutschen Rundfunkarchiv im Deutschen Literaturarchiv in Marbach am 5. und 6. November 1998 (Medien-geschichtliche Veröffentlichungen 3), 1999 [im Druck]. – Vgl. auch das Produkt einer Ringvorlesung an der Münchner LMU vom Sommersemester 1998: Schubert (wie Anm. 5); darin v.a. der international vergleichende Problemaufriss von Hans Günter Hockerts, „1968“ als weltweite Bewegung. In: Ebd. S. 13–34. – Als wichtige Einzelstudie vgl. zuletzt Ingrid Gilcher-Holtey, „Die Phantasie an die Macht“. Mai 68 in Paris, Frankfurt a.M. 1995.
- <sup>7</sup> Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 343), 2. Aufl. Bonn 1997, S. 256. – Vgl. auch die älteren Überblicksstudien und Quellensammlungen von Karl A. Otto, *Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–70*, Frankfurt a.M.-New York 1977. – Gerhard Bauß, *Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin.*

- Handbuch, Köln 1977 bzw. 2. Aufl. 1983. – Karl A. Otto, *APO. Außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960–1970)*, Köln 1989.
- <sup>8</sup> Vgl. z.B. Christoph Kleßmann, 1968 – Studentenrevolte oder Kulturrevolution? In: Manfred Hettling (Hrsg.), *Revolution in Deutschland? 1789–1989. Sieben Beiträge*, Göttingen 1991, S. 90–105. – Heinz Bude, *Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 bis 1948*, Frankfurt a.M. 1995. – Zuletzt Weber (wie Anm. 1).
- <sup>9</sup> Vgl. Dieter Rucht, *Die Ereignisse von 1968 als soziale Bewegung: Methodologische Überlegungen und einige empirische Befunde*. In: Gilcher-Holtey, 1968 (wie Anm. 6) S. 116–130. – Pavel A. Richter, *Die Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland 1966 bis 1968*. In: Ebd. S. 35–55. – Zur Einordnung der Studentenunruhen in die (jugendlichen) Protestbewegungen der Nachkriegszeit vgl. Lothar Rolke, *Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs* (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung 97), Opladen 1987, S. 195–304. – Werner Lindner, *Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn* (Studien zur Jugendforschung 17), Opladen 1996, S. 86–249.
- <sup>10</sup> Vgl. aber jetzt die regionale Zwischenbilanz für Nordrhein-Westfalen bei Peter Dohms, *Studentenbewegung und nordrhein-westfälische Landespolitik in den 60er- und 70er-Jahren*. In: *Geschichte im Westen* 12 (1997) S. 175–201. – Auch für das Gesundheitswesen, die Bundeswehr und die Gewerkschaften liegen erste empirische Arbeiten vor; vgl. Franz-Werner Kersting, *Psychiatriereform und '68*. In: *Westfälische Forschungen* 48 (1998) S. 283–295. – Detlef Bald, *Bundeswehr und gesellschaftlicher Aufbruch 1968. Die Widerstände des Militärs in Unna gegen die Demokratisierung*. In: Ebd. S. 297–309. – Karl Lauschke, „Störenfriede“ – Der Einfluß der 68er-Bewegung auf die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung. Das Beispiel der Dortmunder ÖTV. In: Ebd. S. 333–357. – Zur Polizei siehe Abschnitt III der Einführung. – Vgl. am Beispiel Berlins auch die ältere Arbeit von Fritz Sack, *Die Reaktion von Gesellschaft, Politik und Staat auf die Studentenbewegung*. In: Fritz Sack – Heinz Steinert, *Protest und Reaktion* (Analysen zum Terrorismus 4/2), Opladen 1984, S. 106–226.
- <sup>11</sup> Vgl. Gassert – Richter (wie Anm. 2) S. 7–19. – Jan Kurz – Pavel A. Richter, *Die Protestbewegungen von 1968 als internationales Forschungs- und Quellenproblem*, 1997 [unveröffentlichtes Vortragsmanuskript].
- <sup>12</sup> Vgl. den Kurzüberblick bei Gassert – Richter (wie Anm. 2) S. 21–46. – Auch die Archivare nehmen sich seit kurzem des Themas an. Im Herbst 1998 beschäftigte sich eine Fachgruppensitzung des Deutschen Archivtags in Münster mit der 68er-Überlieferung der Universitäts- und Medienarchive; vgl. Thomas P. Becker u.a., *Die 68er-Bewegung und ihre archivischen Quellen*. In: *Der Archivar* 52 (1999) S. 116–124. – Peter Dohms, *Studentenbewegung und Überlieferungsvielfalt – das Beispiel Nordrhein-Westfalen*. In: *Der Archivar* 52 (1999) S. 225–233. – In Vorbereitung ist ein Archivführer mit dem Titel „Quellenkunde zur Geschichte der Studentenproteste 1965–1970“, der vom Leiter des Universitätsarchivs Bonn, Thomas P. Becker, herausgegeben wird.

- <sup>13</sup> Siehe dazu konkret Abschnitt V der Einführung. – Zum aktuellen Stand der Debatte vgl. Dieter Krüger, *Zeitgeschichtsschreibung und informationelle Selbstbestimmung. Archivgesetzgebung im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Verwaltung. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 45 (1997) S. 793–817. – Hermann Bannasch (Hrsg.), *Zeitgeschichte in den Schranken des Archivrechts. Beiträge eines Symposiums zu Ehren von Professor Dr. Gregor Richter am 29. und 30. Januar 1992 in Stuttgart* (Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Serie A 4), Stuttgart 1995. – Mit regionalem Bezug Gerhard Fürmetz, *Aufbruch zu neuen Ufern? Probleme und Chancen der Nutzung archivalischer Quellen für die lokale Zeitgeschichtsforschung in Bayern*. In: *Mitteilungen des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine* 18 (1997) S. 7–21.
- <sup>14</sup> Vgl. aus dem Archivbereich aber kürzlich die vom Deutschen Literaturarchiv Marbach veranstaltete Ausstellung zur 68er-Literatur in Deutschland; Ralf Bentz u.a., *Protest! Literatur um 1968. Eine Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs in Verbindung mit dem Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg und dem Deutschen Rundfunkarchiv im Schiller-Nationalmuseum Marbach am Neckar* (Marbacher Kataloge 51), Marbach a.N. (1998).
- <sup>15</sup> Im Frühjahr 1991 zeigte das DGB-Bildungswerk in Verbindung mit dem Archiv der Münchner Arbeiterbewegung eine Flugblatt- und Fotoausstellung über das Jahr 1968 in München; vgl. Günter Gerstenberg, *Hiebe, Liebe und Proteste. München 1968. Einige Schlaglichter und Kommentare zur gleichnamigen Ausstellung im Münchner Gewerkschaftshaus vom 8.4. bis 8.5.1991, Ingolstadt 1991*. – Parallel zu der erwähnten Vorlesungsreihe an der LMU im Sommersemester 1998 präsentierte die Universitätsbibliothek in 15 Vitrinen Faksimiles von Flugblättern über die Münchner Studentenbewegung. – Im Januar 1999 schließlich veranstaltete die Studierendenvertretung der LMU im Universitätslichthof eine vergleichende Rückschau auf die Studentenproteste von 1967/68 und 1997/98, zu der auch ein Begleitheft erschienen ist. – Zuletzt wurde das Thema „1968“ im Rahmen der Ausstellung „Polizeireport München 1799–1999“ im Münchner Stadtmuseum oberflächlich angeschnitten; vgl. Michael Farin (Hrsg.), *Polizeireport München 1799–1999*, München 1999, S. 408–423.
- <sup>16</sup> Vgl. z.B. die schlaglichtartige Darstellung bei Wolfgang J. Smolka, *Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg: 1945 bis heute*, in: Ludwig-Maximilians-Universität München (Hrsg.), *Ludwig-Maximilians-Universität München*, München 1995, S. 138–141. – Seit kurzem liegen immerhin zwei wissenschaftliche Verlaufsanalysen für die größte Münchner Hochschule, die LMU, vor; Stefan Hemler, *München '68 – war da was? Überlegungen zur Erforschung der Studentenbewegung anhand bedeutsamer Marginalien*. In: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 13 (1998) Nr. 2, S. 117–136. – Stefan Hemler, *Von Kurt Faltlhauser zu Rolf Pohle. Die Entwicklung der studentischen Unruhe an der Ludwig-Maximilians-Universität München in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre*. In: Schubert (wie Anm. 5) S. 209–241. – Vom selben Autor wird derzeit eine Dissertation über die LMU-Studentenschaft in den sechziger Jahren vorbereitet; vgl. die unveröffentlichte Vorstudie Stefan Hemler, *Der AStA der Ludwig-Maximilians-Universität München und die Studentenbewegung, Zulassungsarbeit LMU München 1996*. – In der Münchner Stadtgeschichtsschreibung

- ist in Anlehnung an die Erinnerungen des damaligen Oberbürgermeisters lediglich die Rede von einer „dauernden Herausforderung der Stadtspitze, die diese dank der Erfahrungen bei den vergleichsweise harmloseren Schwabinger Krawallen vom Sommer 1962 freilich recht geschickt zu nehmen wußte“; Nina Krieg, *Die „Weltstadt mit Herz“*. Ein Überblick 1957 bis 1990. In: Richard Bauer (Hrsg.), *Geschichte der Stadt München*, München 1992, S. 413–421, Zitat S. 419. – Vgl. ähnlich Reinhard Bauer – Ernst Piper, *München. Die Geschichte einer Stadt*, München – Zürich 1993, S. 389–390. – Zu den „Schwabinger Krawallen“ in München 1962 vgl. jetzt Andreas Voith, *Die „Schwabinger Krawalle“ 1962: Eine Studie zu Konfliktlagen in den 60er Jahren*, Magisterarbeit LMU München 1999.
- <sup>17</sup> So z.B. Hans-Jochen Vogel, *Die Amtskette. Meine 12 Münchner Jahre. Ein Erlebnisbericht*, München 1972, S. 179–197 [Autobiographie des Oberbürgermeisters]. – Volkhard Brandes, *Wie der Stein ins Rollen kam. Vom Aufbruch in die Revolte der sechziger Jahre*, Frankfurt a.M. 1988 [autobiographische Notizen eines Studenten]. – Helmut Schneider, *Das Jahr 1969: Voraussetzungen und Folgen*. In: Thomas Zacharias (Hrsg.), *Tradition und Widerspruch. 175 Jahre Kunstakademie München*, München 1985, S. 205–215. – Johanna Schmidt-Grohe, *Blick zurück ohne Zorn, auf der Suche nach einer verlorenen Zeit*. In: Ebd. S. 216–221 [beide zur Kunstakademie]. – ‘68 und danach – eine Umfrage unter Hochschullehrern. In: umbits. *Zeitschrift der Ludwig-Maximilians-Universität München* 18 (1988), Nr. 5, S. 15–22 [autobiographische Statements]. – Hella Schlumberger, *Türkenstraße. Vorstadt und Hinterhof. Eine Chronik*, erzählt, München 1998, S. 392–471 [über die „wilden Jahre“ an der Kunstakademie und über „Kneipen und Kunst“ rund um die Hochschulen]. – Zuletzt Manfred Schreiber, *Das Jahr 1968 in München*. In: Schubert (wie Anm. 5) S. 35–52 [Rückschau des Polizeipräsidenten]. – Weitere Reminiszenzen an den Lehrbetrieb der Münchner Universität in: Ebd. [v.a. von Hans Maier, Peter Glotz und Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz].
- <sup>18</sup> Vgl. Hemler, *Von Kurt Faltlhauser zu Rolf Pohle* (wie Anm. 16) S. 238–240. – Hemler, *AStA* (wie Anm. 16) S. 22–29. – Davon z.T. abweichend der allgemeine Periodisierungsversuch bei Gerd Langguth, *Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968* (Bibliothek Wissenschaft und Politik 30), Köln 1983, S. 24–34.
- <sup>19</sup> Vgl. Hemler, *München '68* (wie Anm. 16) S. 133–135.
- <sup>20</sup> Zum bayerischen Hochschulsystem nach 1945 vgl. Wilhelm Volkert (Hrsg.), *Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799–1980*, München 1983, S. 185–188. – Werner Wiater, *Geschichte der Universitäten und Hochschulen von 1900 bis 1990*. In: Max Liedtke (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte des bayerischen Bildungswesens*, Bd. 4, Bad Heilbrunn (Obb.) 1997, S. 702–715; dort v.a. zu den Auswirkungen der Studentenbewegung (S. 704–705).
- <sup>21</sup> Vgl. v.a. Lothar Strogies, *Die Außerparlamentarische Opposition in Nürnberg und Erlangen* (Erlanger Studien 108), Erlangen – Jena 1996. – Daneben die kurzen Skizzen von Herbert R. Ganslandt, *Die '68er Jahre und die Friedrich-Alexander-Universität*. In: Henning Kößler (Hrsg.), *250 Jahre Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-*

Nürnberg. Festschrift (Erlanger Forschungen, Sonderreihe 4), Erlangen 1993, S. 839–870. – Everhard Holtmann – Heinrich Stix, Die „68er“ in Erlangen und ihre Zeit. In: Christoph Friedrich (Hrsg.), Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1743–1993. Geschichte einer deutschen Hochschule (Veröffentlichungen des Stadtmuseums Erlangen 43), Erlangen 1993, S. 139–152. – Die Erlanger Studentenproteste seit den sechziger Jahren wurden auch im Rahmen der Ausstellung zum 250jährigen Universitätsjubiläum 1993/94 thematisiert: Robert Simon, Studentischer Protest in Erlangen seit 1968. In: Ebd. S. 475–485. – Untersuchungen zu den übrigen bayerischen Hochschulorten stehen noch aus.

<sup>22</sup> Vgl. dazu für Bayern die exemplarische Skizze von Gerhard Fürmetz, Zwischen Selbstbefreiung und Klassenkampf. Schülerprotest an bayerischen Gymnasien um 1968. In: Harald Parigger – Bernhard Schoßig – Evamaria Brockhoff (Hrsg.), „Schön ist die Jugendzeit ...?“ Das Leben junger Leute in Bayern 1899–2001 (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 27), Augsburg 1994, S. 85–88.

<sup>23</sup> Zu den ideologischen Einflüssen auf die Studentenbewegung und zur Mentalität der protestierenden Studenten vgl. z.B. Ronald Grossarth-Maticek, Revolution der Gestörten? Motivationsstrukturen, Ideologien und Konflikte bei politisch engagierten Studenten, Heidelberg 1975. – Hildegard Weiss, Die Ideologientwicklung in der deutschen Studentenbewegung (Wiener sozialwissenschaftliche Studien 3), München – Wien 1985. – Henning Vossberg, Studentenrevolte und Marxismus. Zur Marxrezeption in der Studentenbewegung auf Grundlage ihrer politischen Sozialisationsgeschichte, München 1979. – Lothar Voigt, Aktivismus und moralischer Rigorismus. Die politische Romantik der 68er Studentenbewegung, Wiesbaden 1991. – Sabine Waldmann, „Es muß alles anders werden, wurscht was!“. Die Entwicklung politischen Denkens und Handelns bei ehemaligen ApO-Studenten (Gemeindepsychologische Perspektiven 5), München 1991. – Ingrid Gilcher-Holtey, Kritische Theorie und Neue Linke. In: Gilcher-Holtey, 1968 (wie Anm. 6) S. 168–187. – Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, Bd. 1–3, Hamburg 1998.

<sup>24</sup> Für die Münchner Presse im Zeitraum von Mitte Dezember 1966 bis Ende Mai 1968 vgl. Andreas Renz, Die Studentenproteste von 1967/68 im Spiegel der Münchner Presse (tuduv-Studien, Reihe Politikwissenschaften 57), München 1992. – Der Verfasser vertritt allerdings eine extrem studentenbewegungs- und pressefeindliche Position.

<sup>25</sup> Näheres dazu siehe Abschnitt IV der Einführung.

<sup>26</sup> Vgl. neuerdings Kristina Schulz, „Bräute der Revolution“: Kollektive und individuelle Interventionen von Frauen in der 68er-Bewegung und ihre Bedeutung für die Formierung der neuen Frauenbewegung. In: Westfälische Forschungen 48 (1998) S. 97–116. – Marita Krauss, 1968 und die Frauenbewegung. In: Schubert (wie Anm. 5) S. 133–161.

<sup>27</sup> Näheres dazu siehe Abschnitt IV der Einführung.

<sup>28</sup> Vgl. dazu die aus APO-Sicht verfasste Chronologie der Anti-Notstands-Aktionen in München von H[ans] Jürgen Gießler, APO-Rebellion Mai 1968. Die letzten zehn Tage vor Verabschiedung der Notstandsgesetze. Dokumentation und Presseanalyse dieser

Tage vor dem 30. Mai 1968, München 1968, S. 39–54. – Zu den Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze vgl. allgemein Michael Schneider, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968) (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte 17), Bonn 1986. – Aus persönlicher Sicht Jürgen Seifert, Der Kampf um die Notstandsgesetzgebung und die antiautoritäre Bewegung. In: Schubert (wie Anm. 5) S. 99–115.

<sup>29</sup> Zu Letzterem vgl. jetzt Hans-Ulrich Thamer, Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er-Bewegung. In: Westfälische Forschungen 48 (1998) S. 39–53. – Michael Wolffsohn, Kinder der Nazi-Eltern? Vergangenheitsbewältigung, Antisemitismus und die 68er. In: Schubert (wie Anm. 5) S. 163–183.

<sup>30</sup> Vgl. z.B. Frank Werkmeister, Die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg in der Bundesrepublik Deutschland 1965–1973, Phil. Diss. Marburg 1975.

<sup>31</sup> Vgl. Ingo Juchler, Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt (Beiträge zur Politischen Wissenschaft 88), Berlin 1996.

<sup>32</sup> Vgl. zuletzt Michael A. Schmidtke, „Die Kunst des radikalen Nebeneinanders“. Die künstlerischen Avantgarden der Happening-Kunst und die politische Protestbewegung der sechziger Jahre. In: Westfälische Forschungen 48 (1998) S. 21–37. – Helmut Kiesel, Literatur um 1968. Politischer Protest und postmoderner Impuls. In: Bentz u.a. (wie Anm. 14) S. 593–640. – Zur Bedeutung der (Rock-)Musik für die 68er-Protestkultur vgl. exemplarisch Ingeborg Schober, Amon Düül. Tanz der Lemminge. Anfänge deutscher Rockmusik in der Protestbewegung der 60er- und 70er-Jahre, Augsburg 1994.

<sup>33</sup> Vgl. z.B. die anregende Bilanz bei Hermann Rudolph, Mehr als Stagnation und Revolte. Zur politischen Kultur der sechziger Jahre. In: Martin Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61), München 1990, S. 141–151. – Zu den Veränderungen der Alltagskultur um 1968 vgl. jetzt zwei Ausstellungskataloge: Wolfgang Schepers (Hrsg.), '68. Design und Alltagskultur zwischen Konsum und Konflikt, Köln 1998. – Wolfgang Ruppert (Hrsg.), Um 1968. Die Repräsentation der Dinge, Marburg 1998.

<sup>34</sup> Zur Ereignischronologie der Studentenproteste der Jahre 1965 bis 1969 vgl. Hemler, Von Kurt Falthausen zu Rolf Pohle (wie Anm. 16) S. 209–212.

<sup>35</sup> Näheres dazu siehe Abschnitt V der Einführung.

<sup>36</sup> Vgl. Stefan Thiery, 150 Jahre bayerisches Kultusministerium. Eine Dokumentenausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs (Kleine Ausstellungen 6), München 1997, S. 45–49. – In der Festschrift zum 150-jährigen Bestehen des bayerischen Kultusministeriums werden die 68er-Querelen freilich zum Randthema erklärt: „Wiederaufbau und Ausbau der Hochschulen in der Nachkriegszeit machten eine organisatorische Neuordnung und Kodifizierung des Hochschulrechts unausweichlich. Die gesellschaftlichen und politischen Diskussionen verliefen turbulent, und wenngleich

es in Bayern zu keiner Zeit ‚Berliner Zustände‘ gab, war vor allem München nicht frei von Studentenunruhen. Die Bayerische Staatsregierung verschloß sich berechtigten Anliegen der Studenten nicht, behielt aber entgegen manch anderen Ländern eine klare Linie bei ...“; Wolfgang Quint, Wissenschaft und Kunst in Bayern von 1945 bis heute. In: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst (Hrsg.), Tradition und Perspektive. 150 Jahre Bayerisches Kultusministerium, München 1997, S. 126–155, Zitat S. 129.

<sup>37</sup> Vgl. dazu exemplarisch für Hamburg Klaus Weinbauer, Die hamburgische Studentenbewegung in der schutzpolizeilichen Wahrnehmung (1965–1969) oder: Von „Leit-hammeln“, „Einpeitschern“ und „akuten Massen“. In: Arnold Sywottek (Hrsg.), Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren. Universität und Studentenbewegung in Hamburg in den 1960er Jahren, Hamburg 2000 [im Druck]. – Für Berlin Norbert Steinborn – Hilmar Krüger, Die Berliner Polizei 1945 bis 1992. Von der Militärreserve im Kalten Krieg auf dem Weg zur bürgernahen Polizei?, Berlin 1993, S. 178–216. – Zu den polizeiinternen Folgen vgl. Thomas Kleinknecht, Die Polizei im gesellschaftlichen Diskurs. „68er“-Demonstrationen als Motor polizeilicher Bildungsarbeit. Das westfälische Beispiel. In: Westfälische Forschungen 48 (1998) S. 311–332. – Klaus Weinbauer, Innere Unruhe. Studentenproteste und die Krise der westdeutschen Schutzpolizei in den 1960er Jahren. In: Gerhard Fürmetz – Herbert Reinke – Klaus Weinbauer (Hrsg.), Reform und Alltag der Polizei in West- und Ostdeutschland 1945–1969, Hamburg 1999 [im Druck].

<sup>38</sup> Vgl. u.a. die plastischen Erinnerungen von Heinrich Hannover, Die Republik vor Gericht 1954–1974. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts, Berlin 1998, S. 169–299.

<sup>39</sup> Zum „Fall Pohle“ Hemler, Von Kurt Faltilhauser zu Rolf Pohle (wie Anm. 16) S. 233. – Erwin Tochtermann, Die Leichen im Keller der bayerischen Justiz, München 1983, S. 128–145. – Vgl. auch zwei Erinnerungsberichte: Hartmut Wächtler – Brigitte Bruns, Die Rechtshilfe der APO in München und die RAF-Prozesse. In: Petra Kraus u.a. (Hrsg.), Deutschland im Herbst. Terrorismus im Film, München 1997, S. 102–117. – Peter Schult in: Schulenburg (wie Anm. 3) S. 158–164. – Im Zusammenhang mit dem „Fall Wetter“ erschien Anfang der siebziger Jahre Reinhard Wetter – Frank Böckelmann, Knast-Report, Frankfurt a.M. 1972.

<sup>40</sup> Volkert (wie Anm. 20) S. 185–195, 216–217. – Zahlenangaben nach Hemler, Von Kurt Faltilhauser zu Rolf Pohle (wie Anm. 16) S. 213.

<sup>41</sup> Vgl. für die LMU Hemler, Von Kurt Faltilhauser zu Rolf Pohle (wie Anm. 16) S. 215. – Hemler, AStA (wie Anm. 16) S. 52–55. – Allgemein Smolka (wie Anm. 16) S. 118–157.

<sup>42</sup> Vgl. dazu im Detail Hemler, Von Kurt Faltilhauser zu Rolf Pohle (wie Anm. 16) S. 216–217. – Hemler, AStA (wie Anm. 16), S. 55–59; dort auch ein Abriss der AStA-Phasen (S. 59–112). – Zur Rolle der Münchner SDS-Gruppe 1967 vgl. die zeitgenössischen Anmerkungen von Friedrich Mager – Ulrich Spinnarke, Was wollen die Studenten?, Frankfurt a.M. 1967, S. 129–134. – Zum SDS als bundesweitem „Motor“ der Studentenbewegung vgl. zuletzt Willy Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen

Linken (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte 35), Bonn 1994, S. 446–475. – Tilman Fichter – Siegwald Lönnendonker, Macht und Ohnmacht der Studenten. Kleine Geschichte des SDS, Hamburg 1998. – Aus Zeitzeugenperspektive Siegwald Lönnendonker (Hrsg.), Linksintellektueller Aufbruch zwischen „Kulturrevolution“ und „kultureller Zerstörung“. Der SDS in der Nachkriegsgeschichte (1946–1969). Dokumentation eines Symposiums (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin 83), Opladen 1998.

<sup>43</sup> Vgl. die Selbstdarstellung bei Frank Böckelmann – Herbert Nagel (Hrsg.), Subversive Aktion. Der Sinn der Aktion ist ihr Scheitern, Frankfurt a.M. 1976.

<sup>44</sup> Vgl. den kurzen Interviewbericht von Wächtler – Bruns (wie Anm. 39).

<sup>45</sup> Zur Zusammensetzung des Kabinetts Goppel II, das von Dezember 1966 bis Dezember 1970 amtierte, vgl. Peter Jakob Kock, Der Bayerische Landtag 1946 bis 1986, Bamberg 1988, S. 315.

<sup>46</sup> Vgl. Volkert (wie Anm. 20) S. 54–59. – Zur Entwicklung der Münchner Stadtpolizei in den sechziger Jahren vgl. Josef Falter, Chronik des Polizeipräsidiums München, 2. Aufl. München 1995, S. 152–250; darin auch eine subjektive Darstellung der Ereignisse um 1968 (S. 175–194).

<sup>47</sup> Vgl. Volkert (wie Anm. 20) S. 126–132.

<sup>48</sup> Vgl. den umfangreichen Datenanhang bei Kock (wie Anm. 45) S. 296–332. – Wichtige Landtagsdebatten werden dort einzeln beschrieben; mit Bezug zu den Studentenprotesten die Sitzungen vom 13. Februar 1968, 24. April 1968 und 17. Juli 1969 (S. 171–180).

<sup>49</sup> Vgl. die neu aufgelegten Kurzführer der Staatlichen Archive Bayerns (hier BayHStA und StAM). – Auf der Basis der geleisteten Bestandssichtung soll in absehbarer Zeit für Bayern ein systematischer Quellenbericht zum Thema „1968“ erarbeitet werden.

<sup>50</sup> Vgl. dazu die dokumentarische Quellenkritik bei Barbara Brunotte, Rebellion im Wort. Eine zeitgeschichtliche Dokumentation. Flugblatt und Flugschrift als Ausdruck jüngster Studentenunruhen (Jugend- und Pädagogische Probleme 15), Frankfurt a.M. 1973. – Jürgen Miermeister – Jochen Staadt (Hrsg.), Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965–1971, Darmstadt – Neuwied 1980. – Uta C. Schmidt, „Alle reden vom Wetter. – Wir nicht.“ Das Plakat als Medium. In: Rupert (wie Anm. 33) S. 46–63; dort auch zum gleichnamigen SDS-Plakat (S. 56–58), das in der Ausstellung gezeigt wird (Nr. 33a). – Vgl. auch den jüngsten Abdruck zeitgenössischer Studentenverlautbarungen bei Schulenburg (wie Anm. 3).

<sup>51</sup> Art. 10, Abs. 2–4 des Bayerischen Archivgesetzes vom 22. Dezember 1989, GVBl 1989, S. 711–712. – Vgl. auch die Zusammenfassung von Hermann Rumschöttel, Das bayerische Archivgesetz und die Lokal-, Regional- und Landesgeschichtsforschung. In: Mitteilungen des Verbandes bayerischer Geschichtsvereine 17 (1996) S. 1–21.

<sup>52</sup> Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie vom 9. Januar 1907, RGBl 1907, S. 7.

## Katalog

### Station I

#### Schauplatz Universität: „Go-ins“, Ordnungsrecht und Hochschulpolitik

Zu einem folgenschweren Eklat kam es am 19. Dezember 1967, als anlässlich eines vom AStA angesetzten „Teach-ins“ in den Räumen der LMU Zivilbeobachter der städtischen Polizei entdeckt wurden. Das im Auftrag der Universitätsleitung angefertigte Rechtsgutachten vom 10. Januar 1968 klärte die Streitfrage allerdings nur teilweise (1a). Ein Referent des bayerischen Innenministeriums betonte im Januar 1969 im Rahmen einer internen Besprechung ausdrücklich, für die Hochschulen gelte kein Sonderrecht: „Die sachliche Zuständigkeit der örtlichen Polizei erstreckt sich auch auf den Hochschulbereich“ (BayHStA, MInn 90050). Um gegen die Anwesenheit von Polizeibeamten auf dem Universitätsgelände zu protestieren, unternahm der Münchner SDS am 10. Januar 1968 eine symbolische Gegenaktion. In Polizeiuniformen verkleidet trat eine sechsköpfige Gruppe in den Vorlesungen eines Philosophie- und eines Juraprofessors auf und gab dabei in kabarettistischer Manier vor, die Veranstaltungen vor linksextremen Störern schützen zu wollen (1b). Die Universitätsverwaltung erstattete Anzeige und erteilte den Beteiligten Hausverbot (BayHStA, MK Reg. VI/133). Gegen diese Handhabung des inneruniversitären Ordnungsrechts protestierten die SDS-Anhänger sofort mit einer Flugblattkampagne (1c).

In der Zeitschrift *Konturen*, die das gewählte Studentenparlament der LMU, der Konvent, erstmals im Februar 1968 herausbrachte, erläuterte einer der beteiligten Studenten seinen Eltern in Form eines fiktiven Briefs auf satirische Weise die „Polizistenaktion“ vom 10. Januar 1968 (BayHStA, Studentische Gruppen und Gremien an der LMU München 6). Die nächste *Konturen*-Ausgabe vom Mai 1968 stand ebenfalls im Zeichen der Auseinandersetzung um die Überwachung des Universitätsbetriebs durch Polizei und Verfassungsschutz (2). Auch die erste Nummer der von der ADU herausgegebenen Studentenzeitschrift

*unipress* griff das Thema „Polizei in der Uni“ am 18. Januar 1968 mit einem Leitartikel auf (BayHStA, Studentische Gruppen und Gremien an der LMU München 1).

Das universitäre Ordnungs- und Hausrecht blieb zwischen Studentenschaft, Universitätsverwaltung und Kultusministerium weiterhin umstritten. Anfang 1969 beschloss der LMU-Konvent in Übereinstimmung mit dem AStA, die studentischen Forderungen dem akademischen Senat vorzulegen. In mehreren Anträgen wurde gegen Polizeieinsätze innerhalb der Universität protestiert, die Aufhebung sämtlicher Hausverbote gefordert und ein Universitätsraum beansprucht, in dem die laufenden Strafprozesse gegen Studenten abgehalten werden sollten. Eine paritätisch von Studenten und Hochschulpersonal besetzte Kommission sollte die künftige Handhabung des Hausrechts klären (3). Mit diesen Vorschlägen drangen AStA und Konvent jedoch nicht durch.

Eine Schlüsselstellung bei der Durchsetzung disziplinarischer Maßnahmen gegen „Störer“ des regulären Hochschulbetriebs nahm das bayerische Kultusministerium ein. Ihm gegenüber waren die Universitätsverwaltungen im Konfliktfall rechenschaftspflichtig. Allerdings gerieten Kultusminister Ludwig Huber und mit ihm die gesamte bayerische Staatsregierung wiederholt selbst unter innenpolitischen Druck. Konservative Gegner der Studentenbewegung wie der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der seit 1966 als Bundesfinanzminister in der Großen Koalition amtierte, sahen in den Protestaktionen an den Hochschulen in erster Linie „von linksradikalen studentischen Minderheiten inszenierte Störkrawalle“, gegen die es mit allen Mitteln einzuschreiten gelte (4). Der bayerische Ministerpräsident Goppel wies die im Telegrammstil gehaltene Intervention seines Bonner Parteifreunds vom 9. Februar 1968 vier Tage später verärgert zurück (BayHStA, StK 113617). Die Zusammenarbeit zwischen Kultus- und Innenministerium bei der Disziplinierung „unbotmäßiger“ Studenten funktionierte ohnehin. So übersandte beispielsweise das Innenressort Mitte April 1968 zwei von der Münchner Kriminalpolizei zusammengestellte Listen mit Personalien von 134 Studenten und Schülern, die bei Protestaktionen strafrechtlich aufgefallen waren. Das Kultusministerium reichte die Listen unverzüglich an die Hochschulen mit der



Bitte weiter, disziplinarische Maßnahmen zu prüfen (BayHStA, MK Reg. VI/133).

Am 13. Februar 1969 brachten Mitglieder der CSU-Fraktion unter Führung des Würzburger Professors Friedrich August von der Heydte im Landtag ein als dringlich eingestuftes Gesetz „Zur Sicherung der Freiheit von Lehre und Forschung“ (Landtagsbeilage 1724) ein. Der Gesetzentwurf sah vor, Störer des Lehrbetriebs und verurteilte Straftäter zwangsweise aus den Hochschulen auszuschließen. Die Umsetzung dieses verschärften Disziplinarrechts an den Universitäten sollte künftig dem Kultusministerium zufallen (BayHStA, StK 113620). Nach der Beratung im Landtag im März 1969 wurde der Gesetzentwurf zurückgestellt, da im Rahmen des avisierten Bayerischen Hochschulgesetzes, dessen Entwurf im April 1969 bekannt wurde, eine grundlegende Neuregelung des universitären Ordnungsrechts geplant war (BayHStA, MK Reg. VI/188 und 189). In Kraft trat das neue Hochschulgesetz erst im Dezember 1973; zum inneruniversitären Ordnungsrecht äußern sich Artikel 76 und 77. Parallel zu dieser Debatte erarbeitete die so genannte Strelitz-Kommission unter Federführung des niedersächsischen Kultusministers einen „Staatsvertrag über Grundsätze zur Reform der wissenschaftlichen Hochschulen und über die Vereinheitlichung des Ordnungsrechts an den Hochschulen“, den die meisten Ministerpräsidenten am 27. März 1969 unterzeichneten (BayHStA, MK Reg. VI/188).

An den Bestrebungen der CSU-Mehrheit im Landtag, ein Disziplinargesetz zu verabschieden, entzündete sich heftiger Widerstand linksorientierter Studenten, die gegen das „CSU-Ermächtigungsgesetz“ Sturm liefen (5). Der Aufruf zu einer Protestdemonstration in München am 26. Februar 1969 wurde von insgesamt zehn Gruppierungen unterzeichnet (29a). In APO-Kreisen war gar von einem neuen „Notstandsgesetz“ die Rede, das zur „Disziplinierung und Kriminalisierung der Studenten“ diene (29b). Mit eigenen Aktionen trat vor allem der AStA der Kunstakademie hervor, der Flugblätter entwarf und eine Dokumentation zur Ausgestaltung des universitären Ordnungsrechts verteilte (BayHStA, Flugblattsammlung 907; IfZ-Archiv, ZG/Hs München 6). Ab April 1969 konzentrierte sich die studentische Agitation dann auf das geplante Bayerische Hochschulgesetz (IfZ-Archiv, ED 328/37). Besonders heftig protestierten die Münchner Ingenieurstudenten, die

im November 1969 mehrere Großdemonstrationen gegen den Gesetzentwurf inszenierten (StAM, RA 101150).

Ungeachtet aller Proteste erließ der bayerische Kultusminister Ludwig Huber, der zum personifizierten Feindbild breiter Studentenkreise wurde, im April 1969 Bestimmungen zum „Verhalten bei Störungen der Ordnung in der Hochschule“ (BayHStA, Studentenschaft des Freistaats Bayern 7). Auch im bayerischen Innenministerium wurden Anfang 1969 „Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei Unruhen an Universitäten“ erörtert (6). Nach Meinung des zuständigen Abteilungsleiters sollte die Polizei aber nur dann einschreiten, wenn es sich um Störungen „schwerwiegender“ oder „schwerster Art“ handelte (BayHStA, MInn 90050). Die genannten Vorschläge flossen in eine umfangreiche Stellungnahme von Innenminister Bruno Merk zum „Schutz der inneren Ordnung“ ein, die am 25. Februar 1969 der Staatskanzlei zuzuging (BayHStA, StK 113620). CSU-Generalsekretär Max Streibl hatte einen Monat zuvor angeregt, entsprechende Ideen für den kommenden Bundestagswahlkampf zu sammeln (BayHStA, MInn 92243). Zur gleichen Zeit kamen Spitzenvertreter der Münchner Hochschulen und der Stadtpolizei überein, künftig bei studentischen Störaktionen auf Universitätsgelände besser zusammenzuarbeiten (StAM, RA 101162). Wer im Falle von „extremistischen Umtrieben“ jeweils zuständig war, regelte schließlich eine Vereinbarung vom Juni 1969 (StAM, RA 101166).

Die Studentenunruhen lösten nicht nur bei den Staatsorganen heftige Gegenreaktionen aus. In weiten Kreisen der Bevölkerung entstand eine mitunter aggressive Stimmung, die von der konservativen Presse noch verstärkt wurde. Zahlreiche Eingaben verärgelter Bürger an staatliche Stellen zeigen, dass die Proteste der Studenten tief verwurzelte Gesellschaftsbilder ins Wanken brachten. Als Beschwerdeführer gegen vermeintlich unzureichende staatliche Gegenmaßnahmen traten häufig Einzelpersonen oder politische Verbände aus dem Umland auf, die ihre Informationen aus zweiter Hand bezogen (7a, 7b). Mancher Einsender blieb anonym (BayHStA, MK Reg. VI/134). Ein Landtagsabgeordneter der seit 1966 im Parlament vertretenen NPD bediente seine Klientel mit der offiziellen Forderung, die „bisher geübte Zurückhaltung“ auf Seiten der Behörden aufzugeben; der Innenminister mahnte jedoch zu klugem und besonnenem Vorgehen (8).

Umstritten war ferner die zwangskörperschaftlich organisierte Selbstverwaltung der Studentenschaft. Nach traditioneller Gepflogenheit zogen die Universitätsverwaltungen von allen Studierenden AStA-Beiträge ein, die den gewählten studentischen Hochschulgremien als Finanzierungsgrundlage dienten. In dieser Praxis sahen Kultuspolitiker und rechte Studentenkreise die Gefahr, radikale Minderheiten mit zwangsweise erhobenen Geldern auszustatten (10). So weigerte sich beispielsweise der Rektor der LMU im Mai 1969, dem AStA wegen Fehlens eines Finanzierungsnachweises die vollen Beiträge auszubezahlen (BayHStA, MK Reg. VI/456). Auch finanzielle Zuschüsse für studentische Veranstaltungen ließen sich als Druckmittel gebrauchen. In einem Fall von 1968 ging der AStA der TU München vor das Verwaltungsgericht, nachdem das Kultusministerium auf Anweisung von Minister Ludwig Huber die Auszahlung einer bereits zugesagten Finanzhilfe für eine Mitgliederversammlung des VDS in München abgelehnt hatte (BayHStA, MK Reg. VI/158, 159, 161). Durch das Bayerische Hochschulgesetz vom Dezember 1973 wurde die „verfaßte Studentenschaft“ mit ihrem politischen Mandat in Bayern endgültig abgeschafft.

Welche Dimensionen die studentischen Proteste annahmen, verdeutlicht eine 63-seitige Auflistung des Kultusministeriums über „Die Beeinträchtigung von Lehre und Forschung an der Ludwig-Maximilian-Universität München durch studentische Störaktionen“ im Sommersemester 1969 (BayHStA, MK Reg. VI/135; StAM, RA 101151). An dem Bericht hatte der Hochschulprofessor und spätere Kultusminister Hans Maier maßgeblichen Anteil. Gelegenheiten für Konflikte boten zum einen feierliche Universitätszeremonien. Um einen Eklat zu provozieren, verunglimpfte beispielsweise eine anonyme Studentengruppe auf Flugzetteln die Immatrikulationsfeier, die am 13. November 1967 in der Großen Aula der LMU in traditionellem Ritus veranstaltet wurde (11). Der linksorientierte MWG-AStA unter Rolf Pohle distanzierte sich zwar später von der Aktion, wandte sich aber gegen die Kriminalisierung der Flugblattwerfer. Auf einen anderen Effekt zielten „Go-ins“, mit deren Hilfe die von der Professorenschaft dominierten Organe der Hochschule „demokratisiert“ werden sollten. So sprengten rund 200 Studenten im Anschluss an eine Vollversammlung am Abend des 30. Januar 1969 eine Sitzung des Großen Senats der

LMU. Die symbolische Aktion begann mit einem Sitzstreik und endete mit der gewaltsamen Besetzung des Senatssaals, in dem anschließend eine Tagung des studentischen Konvents abgehalten wurde. Was in den Augen von Universitätsverwaltung und Polizei als widerrechtliches Eindringen und Sachbeschädigung galt (BayHStA, StK 113612; StAM, Polizeidirektion München 15971), bezeichneten Sprecher der beteiligten Studenten als Teil einer Gesamtstrategie: „Indem wir die Öffentlichkeit dieser Gremien herstellen, zerschlagen wir diese.“ (9)

Eine weitere Protestform, die in München vor allem in der ersten Jahreshälfte 1969 Anwendung fand, bestand darin, Universitätsräumlichkeiten zu besetzen. Ein solcher Fall ereignete sich am 11. Februar 1969, als über 100 Studenten in das Zeitungswissenschaftliche Institut der LMU eindrangen, das im symbolträchtigen Amerikahaus am Karolinenplatz untergebracht war. Anlass war ein Streit mit dem Institutsdirektor. Kurz nach Mitternacht räumte die Münchner Polizei das Gebäude, an dessen Fassade die Studenten eine Vietkong-Fahne und ein Transparent befestigt hatten (StAM, Polizeidirektion München 15976; StAM, RA 101149). Über die Aktion wurde in der Presse ausführlich berichtet (12a). Einzelheiten enthält auch der tags darauf vom bayerischen Innenministerium erstellte Lagebericht „Innere Sicherheit“ (12b). Diesen Sofortinformationsdienst hatten die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder 1968 eingerichtet, um sich wechselseitig über örtliche Sicherheitsstörungen zu unterrichten (BayHStA, StK 113612).

Kurz nach dem Vorfall im Amerikahaus besetzten rund 120 Personen einen Teil der Innenräume der Akademie der Bildenden Künste (StAM, Polizeidirektion München 15975; StAM, RA 101147). Dieses Mal nutzten die Studenten die Gelegenheit, um die Wand- und Bodenflächen ihrer Hochschule im Sinne eines „revolutionären Kunstverständnisses“ umzugestalten. Wiederum schritt die Münchner Polizei ein, räumte die Akademie und nahm 43 junge Besetzer vorläufig fest (13b, 19). Die vorgefundenen Schäden und Wandmalereien, mit denen führende Repräsentanten des Staates beleidigt wurden, wurden fotografisch dokumentiert, um bei den zu erwartenden Strafverhandlungen über Beweismaterial zu verfügen (13a). Die polizeilichen Ermittlungsakten zu den beiden Vorkommnissen umfassen jeweils mehrere Bände

(StAM, Polizeidirektion München 9571 und 9572). Die eingeleiteten Strafverfahren zogen sich zum Teil bis 1972 hin.

Aus der Sicht der an der Akademiebesetzung beteiligten Studenten, die nur zum kleineren Teil aus der Kunstakademie selbst stammten, stellten sich die Ereignisse freilich anders dar. Sie sprachen von einem „Politfasching“, der als spektakulärer Protest gegen das von der CSU geplante Disziplinalgesetz gedacht war (13c). Die nach der Räumung verfügte Schließung der Akademie musste aufgrund eines Verwaltungsgerichtsurteils jedenfalls nach wenigen Tagen wieder aufgehoben werden. Im Sommersemester 1969 spitzte sich die Konfrontation erneut zu, als Studenten abermals die Innenwände mit Parolen, großflächigen Bildern und Farbbeuteln bearbeiteten (BayHStA, MK 51411–51413). Gegen den Willen des Akademiepräsidenten erließ daraufhin das Kultusministerium Mitte Juli 1969 zunächst Hausverbote. Auf Antrag einer breiten Landtagsmehrheit wurde die Kunsthochschule dann vom Ministerium bis zum Beginn des Wintersemesters geschlossen, um weiteren Störungen vorzubeugen (BayHStA, Präsidium der Bereitschaftspolizei 246; StAM, Polizeidirektion München 16004). Die unter Tumult verlaufene Landtagsdebatte vom 17. Juli 1969 offenbarte die Ressentiments zahlreicher Abgeordneter gegen die „Exzesse“ der Studenten (14). Ein Mitglied der NPD holte sogar zu einem Rundumschlag gegen zeitgenössische Kunst und amerikanische Einflüsse aus.

## Exponate

### 1 Polizisten in den Räumen der Universität

#### a) Rechtslage

10. Januar 1968

Gedrucktes Rechtsgutachten von Prof. Dr. Peter Lerche

Als der AStA eine grundsätzliche Klärung der Frage fordert, ob Polizeibeamte im Hochschulbereich tätig werden dürfen, beauftragt der Universitätsrektor den Staatsrechtsprofessor Peter Lerche mit einem Rechtsgutachten. Die Expertise „Zur Zulässigkeit der Anwesenheit von Polizeiangehörigen im Universitätsgelände“ liegt am 10. Januar 1968 vor und wird kurz darauf in den *Rektorats-Mitteilungen* der LMU veröffentlicht. Ein Exemplar geht direkt an die Bayerische Staatskanzlei und durchläuft dort mehrere Abteilungen.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, StK 113617.

#### b) Studenten in Polizeiuniform

11. Januar 1968

Zeitungsausschnitt aus der *Abendzeitung*, Jahrgang 1968, Nr. 10

Münchner SDS-Angehörige protestieren auf ihre Weise gegen die Anwesenheit von Polizeibeamten auf dem Universitätsgelände. Am 10. Januar 1968 treten sechs als Polizisten verkleidete Studenten provokativ in Vorlesungen auf.

Staatsarchiv München, RA 101154.

#### c) Gegen-„Terror“

11. Januar 1968

Flugblatt der Hochschulprojektgruppe des SDS München

Ein SDS-Flugblatt mit dem Titel „Terror-Information Nr. 1“ kommentiert die „Polizistenaktion“ an der LMU am Tag danach.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Studentische Gruppen und Gremien an der LMU München 1.

## 2 Überwachung der Universitäten durch Polizei und Verfassungsschutz

Mai 1968

Studentenzeitschrift *Konturen*, Jahrgang 1 (1968), Nr. 2

Im Mai 1968 veröffentlicht der Konvent der LMU die zweite Nummer der Zeitschrift *Konturen* in einer Auflage von 15.000 Stück. Das professionell aufgemachte Blatt trägt den Untertitel „münchner unabhängige studentenzeitschrift“. Obwohl dem konservativen MSU-AStA nahe stehend, dient als Aufmacher eine Karikatur von Michael Martens, die die Überwachung des Universitätsbetriebs durch Polizei und Verfassungsschutz kritisiert. Darunter steht die provokante Frage: „Wozu Diskussionen? So kann man Studenten leicht unter Kontrolle halten.“ Das Heft enthält unter anderem zwei längere Interviews mit dem bayerischen Innenminister Bruno Merk und dem Münchner Polizeipräsidenten Manfred Schreiber.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Studentische Gruppen und Gremien an der LMU München 6; gezeigt wird das Titelblatt.

## 3 Ordnungs- und Hausrecht an der Universität München

Januar 1969

Flugblatt des AStA-Pressereferats der LMU

In seiner „Schnellinformation Nr. 2“ stellt der AStA der LMU, der seit 19. Dezember 1968 von Mitgliedern des linken Fachschaftenrats dominiert wird, die jüngsten Konventsbeschlüsse zum Ordnungs- und Hausrecht auf dem Hochschulgelände vor.

Universitätsarchiv München, Flugblätter und Zeitungen 1967–1971.

## 4 Politischer Druck aus Bonn auf die bayerische Staatsregierung

9. Februar 1968

Telegramm von Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß an den bayerischen Kultusminister Ludwig Huber

Per Telegramm aus Bonn fordert Strauß am 9. Februar 1968 den bayerischen Kultusminister in scharfer Form auf, härter gegen den „um sich

greifenden Linksterror“ an den Universitäten München und Erlangen vorzugehen. Gleich lautende Fernschreiben schickt er an Ministerpräsident Alfons Goppel und CSU-Generalsekretär Max Streibl; auch die Presse wird informiert.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MK Reg. VI/133.

## 5 Disziplinalgesetz für die bayerischen Hochschulen

Februar 1969

Studentenzeitschrift *unireport*, Jahrgang 2 (1969), Nr. 9

Unter dem Motto „Nein! zum CSU-Ermächtigungsgesetz“ wendet sich die ADU in Verbindung mit mehreren AStAs und weiteren linksorientierten studentischen Gruppen entschieden gegen das von der CSU angestrebte Hochschuldisziplinalgesetz. Kurz vor Semesterende im Februar 1969 erscheint eine Sondernummer der Zeitschrift *unireport*, die bayernweit kostenlos an den Hochschulen verteilt wird und eine Auflage von 100.000 Exemplaren erreicht.

Universitätsarchiv München, Flugblätter und Zeitungen 1967–1971; gezeigt wird das Titelblatt.

## 6 „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ an den Universitäten

6. Februar 1969

Aktenvermerk in der Polizeiabteilung des bayerischen Innenministeriums

Auf Anregung des CSU-Generalsekretärs werden im bayerischen Innenministerium wünschenswerte „Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei Unruhen an Universitäten“ formuliert. Falls Disziplinarmaßnahmen und Schadensersatzklagen nicht ausreichen, so einer der Sachgebietsleiter in der Polizeiabteilung des Ministeriums, sollten beschleunigte Justizverfahren und Vorbeugehaft in Erwägung gezogen werden. Im Übrigen seien die Rundfunkanstalten zu ausgewogenerer Berichterstattung zu veranlassen.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MInn 92243.

## 7 Bürgerliche Gegenreaktionen aus der oberbayerischen Provinz

### a) „Volksmeinung“

21. Juli 1967

Postkarte an das bayerische Kultusministerium

Wütend schlägt ein anonymer Angehöriger des „arbeitenden Publikums“ aus dem Kurort Rottach-Egern dem bayerischen Kultusministerium vor: „Sperrt die Unis zu oder schmeißt die demonstrierenden Faulenzer heraus!“ Laut Bearbeitungsvermerk nehmen die Ministerialbeamten an, diese Postkartenmeinung entspreche „der weiter Teile der Bevölkerung“.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MK Reg. VI/133.

### b) Gereizte Stimmung an der CSU-Parteibasis

30. Mai 1968

Telegramm des CSU-Kreisverbands Miesbach an Ministerpräsident Alfons Goppel

Alarmiert von den Protestdemonstrationen der Münchner Studenten gegen Hochschulreform und Notstandsgesetze fordert der Kreisvorsitzende der Miesbacher CSU den bayerischen Ministerpräsidenten und die verantwortlichen Politiker seiner Partei dazu auf, „mit allen demokratischen Mitteln“ gegen „staatszersetzende Elemente“ vorzugehen, „die in diesen Tagen so nachhaltig die öffentliche Ordnung im Lande stören“.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, StK 113618.

## 8 Landtagsanfrage der NPD zu den Studentenprotesten

3./25. Februar 1969

Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 6. Legislaturperiode, Beilage 1748

Mittels schriftlicher Anfrage im Landtag fordert der NPD-Abgeordnete Artur Schmitt, die „bisher geübte Zurückhaltung“ gegenüber „Aktionen linksradikaler Elemente“ aufzugeben. Innenminister Bruno Merk

mahnt in seiner Antwort zur Besonnenheit. Zweckmäßig seien neben der „ständigen Beobachtung der Entwicklung“ vor allem gezielte Präventivmaßnahmen, um die Situation nicht eskalieren zu lassen.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, StK 113620.

## 9 „Go-in“ an der Münchner Universität

10. Februar 1969

Studentenzeitschrift *Arbeitsplatz Universität*, Jahrgang 1969, Nr. 2

Die „Basisgruppe Soziologie“ verteidigt im Organ des LMU-Fachschaffensrats das spektakuläre „Go-in“ vom 30. Januar 1969, mit dem eine Sitzung des Hochschulsensats gesprengt wird. Neben dem Artikel sind zwei Fotos abgebildet, die den friedlichen Charakter der Aktion dokumentieren sollen. Ein Kommentator des Bayerischen Rundfunks will zuvor „eiskalte Revoluzzer-Visagen“ entdeckt haben. Die farbigen Unterstreichungen stammen von einem Beamten des bayerischen Kultusministeriums, der die Veröffentlichung ausgewertet hat.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MK Reg. VI/134; gezeigt wird die letzte Seite.

## 10 Geld als Druckmittel gegen studentische Organisationen

21. März 1969

Schreiben des CSU-Landtagsabgeordneten von der Heydte an das bayerische Kultusministerium

In einem Schreiben an den für die Hochschulen zuständigen Referenten im bayerischen Kultusministerium schlägt der CSU-Abgeordnete und Würzburger Professor Friedrich August von der Heydte vor, den studentischen Selbstverwaltungsgremien durch den Vorenthalt von AStA-Beiträgen den Boden zu entziehen: „Dem ganzen Spuk linksradikaler Studentenparlamente und linksradikaler AStas wäre ein Ende bereitet ...“

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MK Reg. VI/453.

## 11 Störung von Hochschulfeierlichkeiten

November 1967

Anonymer Flugzettel

Mit kleinen, satirischen Flugzetteln, die im Saal verteilt werden, erklärt eine Gruppe von Studenten die traditionelle Immatrikulationsfeier der LMU am 13. November 1967 zur „Faschingsveranstaltung“. Verantwortlich zeichnet ein Pseudonym namens „Ludwig Maximilian“.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Studentische Gruppen und Gremien an der LMU München 1.

## 12 Institutsbesetzung im Amerikahaus

### a) Pressebericht

12. Februar 1969

Zeitungsausschnitt aus der *tz*, Jahrgang 1969, Nr. 37

Die Münchner Boulevardzeitung *tz* berichtet von der ersten Institutsbesetzung durch Münchner Studenten am 11. Februar 1969. Betroffen ist das Zeitungswissenschaftliche Institut der LMU im Amerikahaus am Karolinenplatz. Der Artikel, der auch zwei Fotos enthält, wird von der Pressestelle des Münchner Polizeipräsidioms ausgeschnitten und zu den Akten gegeben.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 9572/1.

### b) Wahrnehmung durch die Sicherheitsbehörden

12. Februar 1969

Fernrundschreiben des bayerischen Innenministeriums

Per Fernschreiben informiert das bayerische Innenministerium die Sicherheitsbehörden, die dem „Informationsaustausch“ angeschlossen sind, von der Besetzung und anschließenden Räumung des Münchner Instituts für Zeitungswissenschaften am 11. und 12. Februar 1969. Einer der Telefaxempfänger ist die Bayerische Staatskanzlei, deren Vermerke auf dem Papierausdruck zu erkennen sind.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, StK 113612.

## 13 Besetzung der Münchner Kunstakademie

### a) Schadensdokumentation

20. Februar 1969

Lichtbildmappen des Polizeipräsidioms München

Die Münchner Polizei dokumentiert exakt sämtliche „Schmierereien“ und „Verwüstungen“, die die studentischen Besetzer am 20. Februar 1969 in den Innenräumen der Kunstakademie hinterlassen haben. Insgesamt werden 32 Fotos aufgenommen und in vier Mappen eingeklebt. Zwei der Bilder zeigen an den Mensawänden aufgemalte Parolen.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 9571/3; gezeigt wird eine Seite mit zwei Fotos.

### b) Zwangsräumung

20. Februar 1969

Fotos der Münchner Schutzpolizei

Während der zwangsweisen Räumung der Akademie der Bildenden Künste tragen Münchner Polizeibeamte die rund 120 studentischen Besetzerinnen und Besetzer einzeln aus dem Gebäude und nehmen sie fest. Ein Polizeifotograf fertigt Beweisfotos an, von denen 89 auf Papier geklebt erhalten sind. Zur Identifikation ist neben jedem Bild die Nummer der polizeilichen Strafanzeige und der Nachname der betreffenden Person notiert.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 9571/3.

### c) Gegendarstellung der Studenten

Februar 1969

Broschüre des „Kritischen Ateliers“ der Kunstakademie

Um die als „Rebellion“ oder „Politfasching“ bezeichnete Aktion zu rechtfertigen und die angeblichen Falschmeldungen in der Presse zu korrigieren, gibt der AStA unter der Bezeichnung „Kritisches Atelier“ einen „Situationsbericht“ heraus. Die Gestaltung der hektographierten Broschüre erfolgt „im Sinne eines revolutionären Selbstverständnisses der Kunststudenten“.

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ED 328/37; gezeigt wird das Titelblatt.

#### 14 Landtagsdebatte über die Zwangsschließung der Kunstakademie

17. Juli 1969

Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 6. Legislaturperiode, 77. Sitzung, handschriftlich ergänzt und kopiert

Nach der zweiten Besetzung der Münchner Kunstakademie gibt der Landtag mit großer Mehrheit einem Dringlichkeitsantrag von 47 CSU- und 15 SPD-Abgeordneten (Landtagsbeilage 2190) statt, die Hochschule sofort zu schließen. Die entsprechende Passage des Sitzungsprotokolls ist hier im Rahmen einer studentischen Gegendokumentation überliefert, von der ein Exemplar im Kultusministerium gelandet ist. Besonders markante Stellen sind darin mit handschriftlichen Anmerkungen von Akademiestudenten versehen.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MK 51413; gezeigt werden die Seiten 3744 f.

#### *Station II*

#### Schauplatz Straße: Demonstrationen und Polizeieinsätze

In München hatte die Stadtpolizei unter ihrem Präsidenten Manfred Schreiber frühzeitig gelernt, dass undifferenzierte Großeinsätze gegen jugendliche Demonstrantengruppen keinen Erfolg versprachen. Aus den Erfahrungen mit den „Schwabinger Krawallen“ von 1962, bei denen die Polizei durch ihre unverhältnismäßige Vorgehensweise erheblich zur Eskalation beigetragen hatte, entwickelten Schreiber und sein Führungsstab unter Rückendeckung von Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel eine spezifische Einsatztaktik, die rasch als so genannte „Münchner Linie“ bekannt wurde. In den Worten Vogels war darunter „Beweglichkeit verbunden mit strikter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und Vorrang psychologischer Maßnahmen vor Anwendung unmittelbaren Zwanges“ zu verstehen. Diese Prinzipien sollten mit intensiver Strafverfolgung durch die Justiz gekoppelt werden (StAM, Polizeidirektion München 17422). Schreibers Bemühungen, ein geschlossenes Einschreiten größerer Polizeieinheiten möglichst zu vermeiden und gewaltsamen Konfrontationen aus dem Weg zu gehen (BayHStA, Minn 90048), ließen sich ab Frühjahr 1968 nur mehr bedingt realisieren, da nach dem Attentat auf Rudi Dutschke der Ton auf beiden Seiten schärfer wurde. Überdies stellten sich die Studenten allmählich auf die polizeiliche Maxime ein und entwickelten im Lauf des Jahres 1968 eigene taktische Raffinessen, um unerkannt zu bleiben oder die Polizisten ins Leere laufen zu lassen (StAM, Polizeidirektion München 16342; StAM, RA 101192). Trotz der Eskalation an Ostern 1968 und der von diesem Zeitpunkt an vermeintlich zielstrebigeren Vorgehensweise der Demonstranten sah die Polizeiführung „keine Alternative“ zur „Münchner Linie“ (StAM, Polizeidirektion München 15970).

Schreibers Modell spiegelt sich in einschlägigen Dienstanweisungen für die Beamten wider. Per Präsidialverordnung wurden für jede Einsatzvariante „grundsätzliche Weisungen“ erlassen (BayHStA, Präsidium der Bereitschaftspolizei 241). Auch im bayerischen Innenministerium überlegte man, wie die „Verwendung der Polizei bei Demonstrationen“ zweckmäßiger geschehen könne (BayHStA, Minn 90048). Längere Beratungen einer Expertengruppe, die vom Ministerium koordiniert

wurden, führten schließlich im Juni 1968 zu einem detaillierten Verhaltenskanon für Polizeibeamte. Der neuen „PV-Information“ wurde die Denkschrift eines Bereitschaftspolizisten zum Thema „Polizei und Studenten“ beigegeben (20). Wie sich dieses Verhältnis jenseits aller theoretischen Handlungsanleitungen und Strategieplanungen in der Praxis gestaltete, soll anhand der folgenden Dokumente verdeutlicht werden.

In welchem Ausmaß studentische Protestaktionen den Betrieb der Münchner Polizei strapazierten, zeigt eine Berechnung des Präsidiums für die Monate Januar und Februar 1969, die im Stadtrat ausführlich diskutiert wurde. Darin ermittelte man Sach- und vor allem Personalkosten von knapp 240.000 DM, die im regulären Dienstbetrieb fehlen würden (BayHStA, MInn 90050). Schon nach den „Osterunruhen“ vom April 1968 monierte die Münchner Polizeiführung einen erheblich gestiegenen Bedarf an Ausrüstung und Personal (StAM, Polizeidirektion München 17432).

Seit 1964 setzte die Münchner Polizei Film-, Foto- und Tonbandaufnahmen ein, um bei größeren Ordnungs- und Sicherheitsstörungen „sowohl aus strafprozessualen als auch aus polizeirechtlichen Gründen“ Beweismaterial sammeln zu können (BayHStA, Präsidium der Bereitschaftspolizei 241). Zu diesem Zweck baute man einen Film- und Fototrupp auf, der später in das „Dokumentations- und Strafverfolgungskommando“ integriert wurde. Ausgerüstet mit mehreren Kameras und Tonbandgeräten sowie einer modernen Filmkamera „Arriflex 16 mm“ dokumentierten die eigens dazu ausgebildeten Schutzpolizisten routinemäßig öffentliche Veranstaltungen, Demonstrationen und sonstige Zwischenfälle (StAM, Polizeidirektion München 17379 und 17439). Bei Bedarf wurden die aufgenommenen Fotos und 16-Millimeter-Filme später in die Ermittlungen einbezogen (15, 45a-j). Gegen diese Ablichtungspraxis waren die betroffenen Akteure höchst allergisch. Die meisten Versuche, die Polizisten bei ihrer Dokumentararbeit zu stören, scheiterten jedoch (StAM, Polizeidirektion München 9566). So verwechselten die aufgebrauchten Studenten mehrfach Polizeifilmer und -fotografen in Zivil mit Journalisten (43).

Auch im Hinblick auf polizeitaktische Erfahrungen wurden die Lichtbilder zusammen mit den schriftlichen Einsatzberichten ausgewertet. Aus den Unterlagen über eine frühe SDS-Demonstration gegen die

amerikanische Vietnampolitik vom November 1966 leitete beispielsweise der verantwortliche Beamte skeptische Prognosen für die Zukunft ab, obwohl es der Polizei problemlos gelungen war, Versuche der Demonstranten zu vereiteln, die Gittersperren zu durchbrechen und zum US-Generalkonsulat vorzustoßen (17). Aufgrund von zwei „Sicherheitsstörungen“ vom Juli 1968, auf die die Polizei nicht vorbereitet war, mahnte Polizeipräsident Manfred Schreiber dazu, nach studentischen „Teach-ins“ künftig die Arbeit von Schutz- und Kriminalpolizei besser zu koordinieren (StAM, Polizeipräsidium München, Pressearchiv 26). Alltägliche Kleinaktionen fanden ebenfalls die Aufmerksamkeit der polizeilichen Beobachter. In einem solchen Fall notierte ein Zivilüberwacher Anfang Juli 1969 das „Auftreten eines politischen Theaters“ vor der Münchner Universität (16). Genau beobachtet wurde auch der satirische Festakt zur Umbenennung der LMU in „Franz-Gans-Universität“ am 10. Juli 1969 (StAM, Polizeidirektion München 16000). Trat gar Fritz Teufel in Erscheinung, berichtete man selbst harmlose „Happenings“ bis hinauf ins Bundesinnenministerium (BayHStA, MK Reg. VI/133; StAM, RA 101110).

Präventive Kontrollmethoden versetzten die Polizei schließlich in die Lage, auf die einzelnen Protestaktionen der Studenten vorausschauend reagieren zu können. Zweckmäßig erschien vor allem das Infiltrieren von Studentenzirkeln durch verdeckt operierende Beamte. Um bereits im Vorfeld geplanter Protestaktionen „deren Stärke und Stoßrichtung zu erkennen“, sandte die Münchner Polizei beispielsweise Informanten in Veranstaltungen des SDS (StAM, Polizeidirektion München 17432). „Subversives Handeln der Störer“, so ein Vertreter des Innenministeriums im Januar 1968, „könne nur durch ‚quasi subversive‘ Maßnahmen der Sicherheitsorgane abgefangen werden“ (StAM, RA 101154). Der „Psychologische Dienst“ des Präsidiums entwickelte Anfang 1968 den so genannten „integrierten Einsatz“ bei Demonstrationen, der eine deeskalierende Wirkung versprach (BayHStA, Präsidium der Bereitschaftspolizei 234). „Maos Taktik für die Polizei“, wie die *Süddeutsche Zeitung* das neue Konzept am 15. März 1968 umschrieb, bedeutete aber auch, durch Zivilbeamte „Rädelsführer“ herausfiltern zu lassen. Umgekehrt versuchten studentische Aktivisten immer wieder, so genannte „Popos“, also „politische“ Polizisten, zu entlarven (BayHStA, Präsidium der Bereitschaftspolizei 222; StAM, RA 101154).



Zur Informationsbeschaffung dienten ferner Personendossiers über herausragende Aktivisten der Studenten- bzw. APO-Bewegung. Darin hielt die Kriminalpolizei alle Erkenntnisse zur jeweiligen Person fest (18). Bei so bekannten Figuren wie Fritz Teufel, der zeitweilig „lückenlos überwacht“ wurde, bestand jedoch die Gefahr, sich zu vorschnellem Einschreiten provozieren zu lassen (StAM, Polizeidirektion München 16579). Im Fall Rudi Dutschkes löste bereits das Gerücht, der Studentenführer werde demnächst nach München kommen, umfangreiche Vorbereitungen aus, wobei sogar über eine vorbeugende Verhaftung nachgedacht wurde (StAM, Polizeidirektion München 16580). Nach gleichem Muster wie die Personenakten legte die Kriminalpolizei auch über die AStAs und diverse studentische Hochschulgruppierungen Sammelmappen an (StAM, Polizeidirektion München 9216, 9217, 9218, 9221). Eine weitere Aufgabe bestand darin, festgenommene und zur Anzeige gebrachte Studenten erkennungsdienstlich zu behandeln (19).

Mit den „Osterunruhen“ des Jahres 1968 erlebte München die schwersten Ausschreitungen in der Phase der Studentenbewegung (StAM, RA 101122). Auslöser war das Attentat auf den APO-Führer Rudi Dutschke in Berlin am 11. April 1968. Die Wut der Studenten entlud sich auch in der bayerischen Metropole zunächst hauptsächlich auf den Springer-Konzern, der seinen Sitz im Buchgewerbehaus an der Ecke von Schelling- und Barer Straße hatte. Aus dem wiederholten Versuch, die Auslieferung der *BILD-Zeitung* zu verhindern, entwickelten sich an mehreren Abenden Straßenschlachten mit der Polizei, die den Bau von Barrikaden unterbinden wollte. Während es anfangs noch um Sachbeschädigung ging, kamen in der Nacht des 15. April 1968 ein Student und ein Journalist auf bis heute nicht vollständig geklärte Weise ums Leben; zahlreiche Personen wurden verletzt. Friedlich verlief dagegen der traditionelle Ostermarsch der Atomwaffengegner am selben Tag (45e). Mehrere Film- und Fernsightings zeichneten die Ereignisse phasenweise auf (21a, 45f). Gegen die Protestierer wurden bis zum 17. April 1968 180 Strafverfahren eingeleitet (StAM, Polizeidirektion München 9570/10); weitere 53 kamen durch nachträgliche Auswertung von Fotos und Zeugenaussagen hinzu (BayHStA, Minn 90051). Die mehrbändigen Ermittlungsakten der Münchner Kriminalpolizei werfen interessante Schlaglichter auf die behördliche Bewertung der Gewalteskalation (21c). Handskizzen zeigen beispielsweise, wie Demonstranten versuch-

ten, mit parkenden PKWs die Zufahrt zum Buchgewerbehaus zu blockieren (21b). Ebenfalls in den Akten überliefert sind zahlreiche Pressefotos (21d).

Um die eigene Sicht auf die Osterereignisse darzulegen, entwarf man im Polizeipräsidium nachträglich eine Dokumentarmappe (32). Dennoch ermittelte das Landeskriminalamt in zehn Fällen gegen Polizeibeamte, denen mehrere Studenten Körperverletzung vorwarfen (BayHStA, Präsidium der Bereitschaftspolizei 233; StAM, RA 101170). Wie diese Gegenzeugen die Vorfälle interpretierten, ist einer Veröffentlichung der APO-Rechtshilfe zu entnehmen (21e). Zuvor hatte bereits *Der Spiegel* Aussagen studentischer Opfer zitiert. In einer Fernseherklärung nahm Ministerpräsident Alfons Goppel am Tag nach den Unruhen die Polizei allerdings demonstrativ in Schutz, zeigte für die „Empörung vieler Bürger in unserem Lande“ Verständnis und kündigte juristische Folgen für das „Häuflein Zügelloser“ an, das den Staat „kaputt machen“ wolle (22). Am 23. April 1968 veranstalteten die Münchner Studentenschaften unter dem Motto „Gibt es einen neuen Anfang?“ eine gemeinsame Großkundgebung auf dem Königsplatz, bei der auch der Münchner Oberbürgermeister und Vertreter von Regierung und Opposition sprachen (StadtAM, ZS, Kasten 166). Der Endspurt der Studentenbewegung im Kampf gegen die Notstandsgesetze einen Monat später verlief dann vergleichsweise harmlos, da die Polizei merklich dezenter auftrat und auch die studentische Gewaltbereitschaft geringer war (StAM, RA 101095 und 101112). Dennoch kam es erneut zu Konfrontationen, die am 28. Mai 1968 sogar den bayerischen Ministerrat beschäftigten (BayHStA, StK 113618).

Ausführlich berichteten die Münchner Tageszeitungen über die Straßenkonflikte der Protestjahre um 1968 (23). Je nach Tenor des Artikels setzten die Journalisten dabei gerne die Sicherheitsbehörden unter Druck oder heizten die öffentliche Meinung gegen die protestierenden Studenten an. Während sich der konservative *Münchner Merkur* und die mit ihm verbundene Boulevardzeitung *tz* ganz auf die Seite der APO-Kritiker schlugen und wiederholt Zweifel an der zurückhaltenden Polizeitaktik äußerten (24), galt die *Abendzeitung* als eher studentenfrendliches Blatt. Die *Süddeutsche Zeitung* informierte vorwiegend nüchtern-distanziert und brachte längere Reportagen. Um das Erscheinungsbild der Polizei bemühten sich auch Polizeigewerkschaftler,

denen die Berichterstattung in den Medien nicht günstig genug erschien. Als der bayerische ÖTV-Landesbezirk im Sommer 1968 positives Dokumentationsmaterial erbat, konnte das Münchner Polizeipräsidium jedoch nur antworten: „Es liegt in der Sache, daß Bilder wie von Ihnen gewünscht, nicht in großer Zahl vorhanden sind“ (StAM, Polizeipräsidium München, Pressearchiv 26).

Trotz der Aggressionen war der Konflikt zwischen den Kontrahenten auch von Dialog, Witz und Einfallsreichtum geprägt. Bunte, an die Kleidung gesteckte Buttons, die Parolen gegen die Springer-Presse und den Vietnamkrieg enthielten oder den Polizei- und Justizbehörden eine obsessive Fixierung auf „Rädelsführer“ unterstellten (25), spielten hier ebenso eine Rolle wie Zeichnungen und Flugblätter. Mit dem Ruf „Unterwandert die Polizeiorgane“ karikierten beispielsweise die Herausgeber der Studentenzeitschrift der Hochschule für Politische Wissenschaften im Sommersemester 1968 das gespannte Verhältnis (26). Rolf Pohle und Reinhard Wetter boten zur selben Zeit per Postkarte an, in den Dienst der Stadtpolizei treten zu wollen, um den dortigen Betrieb von innen heraus zu reformieren. Die *Abendzeitung* griff die satirische Offerte am 23. Juli 1968 mit der Überschrift auf: „Zwei Rote wollen in blaue Polizeiuniform“ (StAM, Polizeidirektion München 9570/9).

Verschiedene Flugblätter wandten sich direkt an den einzelnen Polizisten. Die beiden linken Hochschulgruppierungen HSU und GAST fragten etwa während der Kampagne gegen die Notstandsgesetze, „Polizeibeamte, wollt Ihr die Prügelknaben sein?“ (27a). In beherrschendem Stil erläuterten sie, wohin es führen könne, wenn Polizeibeamte bei Demonstrationen und Versammlungen überzogene Befehle ihrer Vorgesetzten bedingungslos ausführten. Im Zweifelsfall würden „Prügelknaben“ von höherer Stelle fallen gelassen. Deshalb sei es besser, zurückhaltend vorzugehen. Ebenso eindringlich war der Appell zum „Bummelstreik“, den ein LMU-Aktivist an die Polizisten richtete (27b). Ein Bundeswehroleutnant in den Reihen der Studenten rief die Münchner Ordnungshüter mit 23 witzigen Vorschlägen zum „Widerstand im Rahmen formalen Gehorsams“ auf (StAM, Polizeidirektion München 9847). Freilich wurden auch Flugblätter verbreitet, die die Polizei als gewalttätigen Hauptgegner herausstellten. Als im März 1968 in München ein vom SDS Hamburg entworfenes Flugblatt mit Tipps zum richtigen „Verhalten gegenüber dem Vorgehen der Polizei“ kursierte, ordnete das Innen-

ministerium sogar die Beschlagnahme an, weil die Verfasser darin zu Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte aufforderten (StAM, RA 101157).

Zum Schluss wird anhand von Plakaten und Transparenten gezeigt, mit welchen optischen Mitteln die 68er-Studenten ihren Protest in die Öffentlichkeit trugen. Besonders aussagekräftig sind Drucke, die im Zusammenhang mit den Kontroversen um die Notstandsgesetzgebung entstanden, sei es um zu einer Protestkundgebung einzuladen (28a) oder um auf die möglicherweise blutigen Folgen der umstrittenen Paragraphen hinzuweisen (28b). Wie bereits erwähnt führten auch die Pläne der Landtags-CSU, im Frühjahr 1969 im Parlament ein scharfes Disziplinargesetz für die bayerischen Universitäten zu verabschieden, zu heftigen Abwehrreaktionen der Studenten. „Stoppt den Terror der CSU“, forderte etwa ein Plakat, das die Münchner Schutzpolizei am 26. Februar 1969 in der Türkenstraße sicherstellte (29a). Zu der Protestdemonstration am Abend desselben Tages lud auch der *Informationsdienst für die Außerparlamentarische Opposition* mit einer deftigen Karikatur ein (29b). Vier Monate später ging es erneut gegen die „reaktionäre Bildungspolitik der CSU“ (30a). Jetzt war der Entwurf des bayerischen Kultusministers Ludwig Huber für ein neues Hochschulgesetz Hauptziel der Kritik. Die Demonstration gegen das „Hubergesetz“ am 24. Juni 1969 wurde außer durch das offizielle Plakat auch durch einen improvisierten Wandanschlag der HSU angekündigt (30b). Ein Jahr zuvor verwendete der AstA der Technischen Hochschule eine Polizeimütze als Symbol, um für ein Theaterstück mit dem Titel „Notstandsübung“ zu werben (31).

## Exponate

### 15 Beweismittelsicherung per Polizeifilm

8. Februar 1968

Originalfilmrolle in Blechdose

Filme dieser Art nimmt der Beweismittelsicherungstrupp des Polizeipräsidiums München von jeder größeren Aktion der Studentenbewegung auf. Die Qualität des Filmmaterials ist recht unterschiedlich, da die Beamten zwar über eine gute Kamera, aber weder über das nötige Zubehör noch über professionelle Kenntnisse verfügen. Die Tonmitschnitte sind nicht erhalten. Zu sehen ist das Negativ des Films über die Besetzung und Räumung des Amerikahauses im Februar 1968.

Staatsarchiv München, Polizeipräsidium München, Filmsammlung 16 mm, Nr. 11 (Negativ).

### 16 Polizeibericht über ein Straßentheater

1. Juli 1969

Bericht des Polizeireviers 5 an das Polizeiamt München-Nord

Der Bericht protokolliert eine Straßentheatervorstellung, in der die Politik der CSU-Landesregierung lächerlich gemacht wird. Auf Anweisung seines Vorgesetzten erstattet der Beamte, der den Vorfall registriert hat, wenige Tage später Anzeige wegen Beleidigung des Kultusministers.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 16020.

### 17 Abwehr von Anti-Vietnam-Demonstranten

2. Dezember 1966

Bericht der Schutzpolizeidirektion München an den Polizeipräsidenten

In Bild und Wort zeichnet die Münchner Schutzpolizei nach, wie es ihr am 28. November 1966 gelungen ist, eine vom SDS veranstaltete Demonstration gegen die amerikanische Vietnampolitik unter Kontrolle zu halten. Aus dem Protestzug, der sich vom Nordeingang der LMU bis

zum Prinz-Carl-Palais erstreckt hat, werden am Ende des Berichts Lehren gezogen.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 11135; gezeigt werden die letzte Seite und drei Fotos als Beilage.

### 18 Personendossiers der Münchner Polizei über Studentenfürher

1967–1985

Drei Personenakten der Münchner Kriminalpolizei

Die Kriminalabteilung III der Münchner Polizei führt über zahlreiche Studenten und APO-Anhänger Personendossiers in Hängeordnern. Diese enthalten sämtliche polizeilichen Erkenntnisse und sonstige personenbezogene Materialien wie Fotos und Zeitungsausschnitte. Aus dem Gesamtbestand sind 151 Akten erhalten, darunter die von Rudi Dutschke, Dieter Kunzelmann und Reinhard Wetter. Dutschkes Name wird nach seinem Tod 1979 auf dem Aktenreiter mit rotem Stift durchgestrichen.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 8888, 8922, 8999; gezeigt werden die geschlossenen Akten.

### 19 Erkennungsdienstliche Behandlung von festgenommenen Studenten

20. Februar 1969

Erkennungsdienstliche Fotoserien der Kriminalpolizei München

Alle 120 Besetzerinnen und Besetzer der Kunstakademie im Februar 1969 werden sofort nach ihrer Festnahme vom kriminalpolizeilichen Erkennungsdienst fotografiert. Von jeder Person werden nach gleichem Schema drei passbildgroße Aufnahmen gemacht. Am Rand sind jeweils Anzeigenummer und Justizaktenzeichen vermerkt, auf der Fotorückseite die Namen.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 9571/3.

## 20 Dienstanweisungen für Polizeibeamte

26. Juni 1968

Rundschreiben des bayerischen Innenministeriums an alle Polizeidienststellen

Unter Federführung des Innenministeriums legt eine innerpolizeiliche Arbeitsgruppe 63 Regeln für das „Verhalten der Polizei bei Demonstrationen und ähnlichen Anlässen“ vor. Der als „PV-Information Nr. 1“ bezeichneten Handreichung, die bei Bedarf aktualisiert werden soll, ist eine Liste der in Frage kommenden Straftatbestände beigefügt. Ebenfalls mitgeschickt wird die 15-seitige Denkschrift eines Hauptkommissars der Bayerischen Bereitschaftspolizei vom Februar 1968. Sie trägt den Titel „Polizei und Studenten – Eine Skizze zur Erarbeitung des Themas aus polizeilicher Sicht“.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Präsidium der Bayerischen Landpolizei 103.

## 21 „Osterunruhen“ in München im April 1968

### a) Wochenschaufilm

12. April 1968

Originalfilmrolle mit Blechdose und Zettel der Asservatenstelle des Polizeipräsidiums München

Der 35-Millimeter-Film, der Szenen aus der Nacht des 12. April 1968 zeigt, wird der Münchner Polizei im November 1968 unentgeltlich von der Firma „Fox-Tönende Wochenschau“ überlassen. Er dient als Beweismittel in einem Verfahren wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzung und Widerstands gegen Polizeibeamte, später dann als Unterrichtsmaterial.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 9570/3.

### b) Plan des Tatorts

30. April 1968

Handskizze der Münchner Kriminalpolizei

In der nicht maßstabsgetreuen Skizze ist eingezeichnet, wie Demonstranten am 12. April 1968 sechs in der Schellingstraße geparkte Autos

in die Fahrbahn geschoben haben. Auch die Standorte der Polizeibeamten sind erkennbar. Der Plan gehört zu einer Strafanzeige gegen einen der studentischen Teilnehmer der Osteraktionen.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 9570/3.

### c) Kriminalpolizeiliche Ermittlungen

22. April 1968

Ermittlungsakt der Münchner Kriminalpolizei

Die Ermittlungsakten der Münchner Kriminalpolizei zu den Osterereignissen des Jahres 1968 umfassen 13 gegliederte Bände. Aufgeschlagen ist ein Fernschreiben, das die 180 Ermittlungsverfahren aufschlüsselt, die bis einschließlich 17. April 1968 im Zusammenhang mit den Ausschreitungen eröffnet worden sind.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 9570/10.

### d) Polizei im Einsatz

12. April 1968

Foto

Die Münchner Kriminalpolizei besorgt sich zahlreiche Fotos von *BILD*-Reportern, die die Verwüstungen ihrer Verlagsräume und die Polizeieinsätze vor dem Buchgewerbehaus abgebildet haben. Hier ist eine Aufnahme zu sehen, die Bereitschaftspolizisten bei der Absperrung zeigt.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 9570/5.

### e) Studentische Gegendokumentation

Juni 1968

Broschüre der APO-Rechtshilfe

Mit ihrer 82-seitigen „Dokumentation über die Demonstrationen in München Ostern 1968“ legt die Rechtshilfe der APO eine kommentierte Sammlung von Zeugenaussagen vor, die die Polizei schwer belasten.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 9570/9; gezeigt wird das Titelblatt.

## 22 Politische Reaktion auf die Osterereignisse 1968

17. April 1968

Redemanuskript von Ministerpräsident Alfons Goppel, handschriftlich korrigiert

Am Tag nach den „Osterunruhen“ spricht Ministerpräsident Alfons Goppel in der Aktuellen Viertelstunde des Bayerischen Fernsehens zu den Bürgern. Anlass der Fernsehklärung ist der Tod des Pressefotografen Klaus Frings am gleichen Tag. Goppels Redemanuskript wird zuvor in der Staatskanzlei von zwei Referenten sprachlich überarbeitet.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, StK 113617.

## 23 Zeitungsberichterstattung über die Studentenproteste in München

April–Mai 1968

Zeitungsausschnittsammlung der Pressestelle des Polizeipräsidiums München

Allein in den beiden Monaten April und Mai 1968 sammelt die Pressestelle des Münchner Polizeipräsidiums einen sechs Zentimeter hohen Stapel von Zeitungsausschnitten unter der Rubrik „Studenten München“. Die Artikel sind in der Regel auf Formblätter aufgeklebt und chronologisch geordnet.

Staatsarchiv München, Polizeipräsidium München, Pressearchiv 23.

## 24 Pressekritik an der Taktik der Münchner Polizei

10. Februar 1968

Zeitungsausschnitt aus dem *Münchner Merkur*, Jahrgang 1968, Nr. 36

Der Artikel kritisiert in dezenter Form die (allzu) „weiche Welle“ der Stadtpolizei München gegenüber demonstrierenden Studenten. Mit der Überschrift „Samthandschuhe statt Knüppel“ spielen Redakteur und Karikaturist des *Münchner Merkur* auf die Grenzen der polizeilichen Toleranz an.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MInn 90048.

## 25 APO-Parolen als Anstecker

1967/68

Fünf bunte Anstecker

Mit diesen Buttons wenden sich APO-Studenten gegen die Springer-Presse („enteignet Springer“), den Vietnamkrieg („Stop US-Aggression in Vietnam“, „Make Love Not War“) und die Fixierung der Sicherheitsorgane auf „Rädelsführer“ („Ich bin ein Rädelsführer“). Drei der Anstecker stammen aus der Produktion des linksliberalen Studentenbunds LSD.

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, SV/48.

## 26 Satire zum Verhältnis zwischen Polizei und Studenten

Mai–Juli 1968

Studentenzeitschrift *Der Politikstudent*, Jahrgang 1 (1968), Nr. 1

Auf dem Titelblatt einer studentischen Infopostille der Münchner Politikhochschule vom Sommersemester 1968 ist eine Karikatur abgebildet, mit der alle Demokraten zur „Unterwanderung“ der Polizeiorgane aufgefordert werden. Die ironische Zeichnung stammt ursprünglich aus einer Frankfurter „Pamphlete“-Sammlung.

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ZG/Hs München 4; gezeigt wird das Titelblatt.

## 27 Studentische Appelle an die Polizei

### a) Gegen „Prügelknaben“

Mai 1968

Gemeinsames Flugblatt von HSU und GAST

In Form einer Rechtsbelehrung rät ein Redaktionskomitee aus Mitgliedern zweier linker Hochschulgruppen den Münchner Polizisten dringend zum Umdenken bei Demonstrationseinsätzen. Das doppelseitig bedruckte Flugblatt trägt die typischen Kennzeichen aktenmäßiger Behandlung in einer Polizeibehörde: Randlochung, Eingangsstempel und Abzeichnung in den Abteilungen.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Präsidium der Bayerischen Landpolizei 103.

### b) Für „Bummelstreik“

Mai 1968

Flugzettel des „Aktionszentrums“ der LMU

Während der Konfrontationen zwischen APO und Polizei in den Tagen vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze wirbt dieser Flugzettel für mehr Kooperationsbereitschaft aufseiten der Sicherheitskräfte.

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ZG Not(standsgesetze).

## 28 Protest gegen die Notstandsgesetze

### a) Einladung zur Schlusskundgebung

Mai 1968

Plakat des Münchner Kuratoriums „Notstand der Demokratie“

In charakteristischer Farbe und Form kündigt das von Friedrich Hitzer unterzeichnete Plakat eine große Protestveranstaltung im Münchner Alten Botanischen Garten am 28. Mai 1968 an. Zwei Tage vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze kommen 12.000 bis 15.000 Demonstranten.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Plakatsammlung 26476.

### b) Plakative Warnung vor dem Notstand

Mai 1968

Transparent des AStAs der Kunstakademie

Mit gestalterischem Geschick beschwört der Druck Gefahren herauf, die nach In-Kraft-Treten der Notstandsgesetze drohen: Rote Buchstaben verwandeln sich in Blutstropfen und Hakenkreuze. Das von Studenten der Kunstakademie entworfene Transparent wird bei einem Demonstrationszug zum Münchner Gewerkschaftshaus am 20. Mai 1968 mitgetragen.

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Plakatsammlung.

## 29 Widerstand gegen das geplante Disziplinalgesetz für die Hochschulen

### a) Demonstration gegen „Terror der CSU“

Februar 1969

Gemeinsames Plakat der AStAs von LMU, TH und PH, der ADU, der Jungdemokraten München, der Jungsozialisten München, des SHB, des GAST, des Fachschaftenrats der LMU und des VDS Bayern

Neun Münchner Studentengremien und -gruppierungen rufen zusammen mit dem bayerischen Landesverband des VDS zu einer Protestdemonstration am 26. Februar 1969 auf. Hauptanlass ist der Gesetzentwurf der CSU zur „Sicherung der Freiheit von Lehre und Forschung“. Zugleich wird auf den Bayerischen Studententag hingewiesen, der vom 28. Februar bis 2. März in München stattfindet. Das Plakat erweckt bei einem Münchner Streifenpolizisten den Verdacht, die CSU beleidigt zu haben. Er reißt in der Türkenstraße ein Exemplar ab und vermerkt auf der Rückseite die Sicherstellung. Das Stück gelangt so in die Polizeiakten.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 9216.

### b) Anti-Huber-Polemik

25. Februar 1969

Zeitschrift *apo press*, Nr. 7/II

Zu der Demonstration vom 26. Februar 1969 lädt auch der wöchentlich erscheinende „Informationsdienst“ der APO ein. Illustriert wird die Ankündigung mit einer Karikatur. Sie zeigt den bayerischen Kultusminister Ludwig Huber, der auf einer Sau mit den Gesichtszügen von Franz Josef Strauß sitzt und die Grenze des „CSU-Staats“ gegen einen Studenten aus Hessen verteidigt.

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Dn 358; gezeigt wird das Titelblatt.

### 30 Kampf gegen die Hochschulpolitik der CSU-Regierung

#### a) Aufruf zum Protest

Juni 1969

Gemeinsames Plakat der AStAs von LMU, TH, PH, Kunstakademie, Hochschule für Sozialarbeit und Politechnikum

„Solidarität aller Münchner Hochschulen“ fordert ein Kollektivplakat, mit dem die Unterzeichner auf eine Kundgebung auf dem Königsplatz am 24. Juni 1969 aufmerksam machen. In den Slogan „Zerschlagt die reaktionäre Bildung(s)politik der CSU“ hat sich wohl ein Druckfehler eingeschlichen, der nachträglich korrigiert worden ist.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Plakatsammlung 27464.

#### b) Improvisierte Ankündigung

Juni 1969

Handgeschriebenes Plakat der HSU

Mit schwarzem Wachsmalstift bringt ein unbekannter Schreiber auf einem Blankoplatkat der HSU den Hinweis an, dass am 24. Juni 1969 eine Demonstration gegen den Entwurf des Bayerischen Hochschulgesetzes stattfindet.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 15996.

### 31 Studententheater mit Polizeikritik

Juli 1968

Plakat des AStA-Kulturreferats der TH

Mit einer Polizeimütze als Symbol wirbt der AStA der Technischen Hochschule für ein Gastspiel des Ulmer Theaters im Großen Physiksaal am 8. Juli 1968. Gegeben wird „Notstandsübung“ von Michael Hatry.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Plakatsammlung 27471.

### 32 Polizeiliche Dokumentation der „Osterunruhen“ von 1968

1968

Dokumentationsmappe des Polizeipräsidiums München

Auf zehn zusammengeklebten Kartonblättern präsentiert die Münchner Polizeiführung „Ursachen des Polizeieinsatzes Ostern 1968“. Die Mappe enthält eine erläuternde Chronologie, drei kopierte Zeitungsartikel, acht Fotos, ein Flugblatt und Auszüge aus Reden zweier Studentenfürher.

Staatsarchiv München, Polizeipräsidium München, Pressearchiv 23.

### Station III

## Schauplatz Gericht: „Justizkampagne“ und strafrechtliche Verfolgung

Im Februar 1968 wies das bayerische Justizministerium die Generalstaatsanwälte mit Blick auf die protestierenden Studenten an, „daß das strafbare Treiben dieser radikalen Gruppen beschleunigt und nachhaltig bekämpft wird“ (BayHStA, MInn 90051). Allein im Oberlandesgerichtsbezirk München ergingen daraufhin bis zum 1. Mai 1969 in 478 Ermittlungsfällen 97 rechtskräftige Verurteilungen (34). Polizei- und Verwaltungsbehörden hatten zuvor wiederholt bemängelt, die Strafgerichte würde diese als unangenehm empfundene Aufgabe nur zögerlich erfüllen (StAM, RA 101190).

Das SDS-Mitglied Reinhard Wetter, eine der Symbolfiguren in der Münchner APO-Szene, geriet besonders hart mit der Justiz aneinander. Wegen mehrerer Delikte wurde er im Herbst 1968 vom Berufungsgericht zu einer achtmonatigen Jugendhaftstrafe verurteilt. Anhänger Wetters münzten den Wahlspruch eines bekannten SDS-Plakats (33a) in den ironischen Aufruf um, demonstrativ an der Hauptverhandlung im Münchner Justizpalast teilzunehmen (33b). Wetters Haftzeit in der Justizvollzugsanstalt Ebrach in Oberfranken wurde zum Fanal der linken 68er-Bewegung. APO-Größen aus dem gesamten Bundesgebiet, die sich zum Teil später in der RAF wieder fanden, solidarisierten sich im Juni und Juli 1969 im Rahmen eines „Knast-Camps“ im Raum Bamberg/Ebrach mit dem inhaftierten Studenten (IfZ-Archiv, ED 328/9), scheiterten aber an den Abwehrreaktionen der örtlichen Bevölkerung und der Behörden (BayHStA, MInn 89991). Ein improvisiertes Zeltlager der APO-Studenten in der Nähe Ebrachs veranlasste CSU-Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß, die Provinzkampagne öffentlich als Tat entmenschter Tiere hinzustellen, für die rechtsstaatliche Gesetze nicht mehr gelten könnten (BayHStA, StK 113622). Wetter verarbeitete seine Hafterfahrungen in einem 1972 als Buch erschienenen „Knast-Report“. Darin gab er zu, die ineffektive Solidaraktion habe letztlich die „Hilflosigkeit gegenüber dem Justizapparat“ vor Augen geführt.

Ins Visier der Strafjustiz geriet mit Rolf Pohle ein zweiter Exponent der Münchner Studentenbewegung (35). Pohle, der 1967 als LSD-Mitglied zeitweilig den LMU-AStA führte, wurde am 27. Mai 1969 vom Amtsgericht München wegen schweren Landfriedensbruchs und gemeinschaftlich begangener Nötigung zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt (StAM, Polizeidirektion München 15994). Hauptgrund war Pohles angebliche Rädelsführerrolle bei den Osterunruhen 1968, die u.a. mit Filmaufnahmen bewiesen werden sollte. Für den Rechtsreferendar bedeutete dieses Urteil faktisch das Ende seines beruflichen Werdegangs als Jurist. Obwohl der Berufungsprozess vom Dezember 1969 eine Strafmilderung erbrachte und das Verfahren zehn Monate später aufgrund des von der sozialliberalen Bundesregierung durchgesetzten Straffreiheitsgesetzes bei Demonstrationsvergehen vom 20. Mai 1970 gänzlich eingestellt wurde, sollte Pohle aus dem Staatsdienst entlassen werden (StAM, RA 101112). Der streitbare Referendar konnte dies zwar auf dem Klageweg verhindern, fiel dann aber knapp durch das Zweite Staatsexamen. In den frühen siebziger Jahren näherte er sich dem terroristischen Umfeld der Roten Armee Fraktion (RAF) an.

In der Regel begann das Justizverfahren mit der Strafanzeige eines Polizeibeamten. Im vorliegenden Fall hatte sich ein Student am 8. November 1968 an der Störung des Juristenballs im Hotel Bayerischer Hof beteiligt und dabei ein Ei auf einen Münchner Polizisten geworfen. Daraus leitete der Anzeige erstattende Polizist insgesamt vier einschlägige Delikte ab (36). Das Verfahren wegen „öffentlicher Zusammenrottung“ wurde später eingestellt. Weniger glimpflich ging der Prozess gegen zwei Studenten aus, die zusammen mit Reinhard Wetter im Januar 1968 an der Münchner Universität als verkleidete Polizisten aufgetreten waren (37). Die beiden Delinquenten Heinz Koderer und Alois Aschenbrenner, denen noch weitere Vergehen angelastet wurden, erhielten ein Strafmaß von neun bzw. vier Monaten Gefängnis ohne Bewährung und wurden noch im Gerichtssaal verhaftet (StAM, Polizeidirektion München 16393). In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht München I am 9. Juli 1968 wurde die Strafe deutlich herabgemildert (44d). Im April 1969 hob das Bayerische Oberste Landesgericht das Urteil sogar teilweise auf, und 1970 wurden die beiden Studenten schließlich amnestiert.



Vereinzelte Versuche, aus präventiven Überlegungen heraus mäßigend auf die Justiz einzuwirken, drangen zumindest bis 1969 nicht einmal innerhalb der Polizei durch (38). Stattdessen verfestigte sich in den Augen der Münchner Polizeiführung die Meinung, die Richter würden zu viele Verfahren aus formalen Gründen einstellen und die „teils subversiven Erscheinungsformen“ der Delikte vernachlässigen. Besonders schleppend kamen offenbar die 233 Verfahren gegen Teilnehmer an den „Osterunruhen“ von 1968 voran (StAM, RA 101154). Gegen den Vorwurf, die Gerichte sprächen zu wenige Haftbefehle aus und verzögerten die Aburteilung von „Rädelsführern“, verwahrte sich Justizminister Philipp Held schon im April 1968 (BayHStA, StK 113620). Ende Mai 1968 warnte der bayerische Justizstaatssekretär Josef Bauer in einem Schreiben an Bundesjustizminister Gustav Heinemann sogar dringend vor Amnestieplänen, da die Polizisten eine solche Maßnahme nicht verstehen und neue Ausschreitungen geradezu ermuntert würden (BayHStA, StK 113620). 1970 verabschiedete die Bundestagsmehrheit aus SPD und FDP eine Strafrechtsreform, die auch das bereits erwähnte Straffreiheitsgesetz für Demonstrationstäter einschloss.

Unterdessen setzten aufseiten der Betroffenen Überlegungen ein, wie man sich am besten gegen die Strafverfolgungsbehörden wehren könnte. Zu diesem Zweck kursierten unter den APO-Studenten Flugblätter, die etwa Merkregeln für das „Verhalten bei Demonstrationen, Festnahmen, Prozessen und in der Haft“ enthielten (39). So empfahl der AStA der Kunstakademie, gegen Strafbefehle Einspruch zu erheben, bei jeder Gelegenheit Befangenheitsanträge zu stellen und grundsätzlich nur in der öffentlichen Hauptverhandlung auszusagen. Einfallsreiche Anhänger im Gerichtspublikum erwiesen sich als besonders effektiv. Mit der von Rolf Pohle aufgebauten Rechtshilfe der Münchner APO stand zudem eine Organisation zur Verfügung, die tatkräftige Unterstützung bot, „wenn man festgenommen wird“ (BayHStA, StK 113621) (44c). Als Verteidiger der angeklagten Studenten trat neben Rechtsreferendar Rolf Pohle eine kleine Gruppe von Rechtsanwälten auf, die meist auch ideell hinter ihren Mandanten standen.

Wie die Verhandlungen gegen Aktivisten der 68er-Bewegung konkret abliefen, illustrieren die von Prozessbeobachtern der Münchner Kriminalpolizei in standardisierter Form angefertigten Protokolle (40). Mitunter lassen diese Dokumente auch Rückschlüsse auf subjektive Wahr-

nehmungsmuster der Beamten zu. Ähnliches gilt für die Einsatzberichte der uniformierten Schutzpolizeikommandos, die zur „Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in und um das Gerichtsgebäude“ aufgeboten wurden. Beispielsweise sprach der Einsatzleiter des 18. Münchner Polizeireviere am 28. Februar 1969 im Prozessfall gegen eine Verhandlungsstörerin von „vergammelten Subjekten“ unter den Zuhörern (StAM, Polizeidirektion München 15982).

Eine Gegenwaffe mit von Fall zu Fall unterschiedlicher Wirkung bestand darin, den Fortgang der Verhandlung systematisch zu stören und dadurch den Justizapparat ad absurdum zu führen. Ordnungsstrafen und Zusammenstöße mit Gerichtsdienern und Polizeibeamten wurden dabei meist in Kauf genommen. So tat sich der zwischenzeitlich in München ansässige Kommunist Fritz Teufel mehrfach dabei hervor, Justizverhandlungen im Sinne der kriminalisierten Studenten „umzufunktionieren“ (StAM, Polizeidirektion München 16392). Zwecks „sexueller Befreiung des Richters“ ließen bei anderer Gelegenheit weibliche APO-Angehörige demonstrativ die Hüllen fallen (IfZ-Archiv, ZG/Hs München 1). Zu einer regelrechten „Mini-Schlacht im Justizpalast“ kam es bei der Berufungsverhandlung gegen den lokalen SDS-Führer Reinhard Wetter am 30. September 1968 (41, 45h). Unter lebhafter Anteilnahme der Medien räumte die Münchner Polizei gewaltsam den Gerichtssaal (StAM, Polizeidirektion München 17295). Die Anhängerschaft Wetters hatte sich bereits in den Wochen zuvor intensiv auf das Schlüsselereignis vorbereitet. Neben Flugblättern und Zeitschriften kündeten Klebezettel an Schaufenstern, Telefonzellen und Lichtmasten vom anstehenden Prozess (42). Mit dem populären Motto „Die politische Justiz bekämpfen heißt, die bürgerliche Justiz zerschlagen!“ riefen SDS-Studenten dazu auf, massenhaft zur Verhandlung zu kommen. Gegen diesen „wildes Plakatanschlag“ war die Münchner Polizei weitgehend machtlos.

Hohe Wellen schlug auch die Berufungsverhandlung gegen Thomas Schmitz-Bender Mitte November 1968. Der Soziologiestudent war in erster Instanz wegen Landfriedensbruchs verurteilt worden, weil er während einer Kundgebung gegen die Militärdiktatur in Griechenland Ende Januar 1968 eine Wand des Konsulats mit der Zahl „114“, dem Widerstandsparagrafen der alten griechischen Verfassung, besprüht hatte (StAM, RA 101131). Zusammen mit rund 70 Anhängern zog

Schmitz-Bender am ersten Prozesstag zum Justizpalast. Nach der ruhig verlaufenen Gerichtssitzung formierte sich allerdings ein spontaner Demonstrationenzug in Richtung des griechischen Generalkonsulats, den die Polizei nach einiger Zeit stoppen konnte (43, 45j). Unterwegs kam es zu Übergriffen auf Passanten und einen Zeitungsfotografen, die für Polizeispitzel gehalten wurden (BayHStA, MK Reg. VI/133; StAM, Polizeidirektion München 9566 und 16395). Auf den mitgeführten Transparenten war zu lesen, wie die Demonstranten die Gerichte einschätzten: „Die Justiz ist eine Hure, bespringt sie“. „Kampf dem Justizterror“ forderten auch Wandparolen, die am zweiten Verhandlungstag an den Außenmauern zweier LMU-Gebäude prangten – ein Fall von Sachbeschädigung, der erneut Strafanzeigen nach sich zog (StAM, Polizeidirektion München 9566). Am letzten Prozesstag malte Schmitz-Bender die Zahl „114“ als Chiffre des Protests an die Wand des Gerichtssaals.

Einen guten Eindruck von der „Justizkampagne“, die der SDS in München ähnlich wie in anderen Universitätsstädten im Lauf des Jahres 1968 startete (StAM, RA 101112), vermitteln zahlreiche Flugblätter (BayHStA, Studentische Gruppen und Gremien an der LMU München 1; UAM, Flugblätter und Zeitungen 1967–1971; IfZ-Archiv, ZG/Hs München 12, ED 387/4, ED 328/5). Diese dienten hauptsächlich als Informationsmedium der Rechtshilfe (44c) oder kündigten Solidaraktionen bei bevorstehenden Prozessen gegen lokale APO-Prominenz wie Otto Friedrich Schlemper, Reinhard Wetter, Thomas Schmitz-Bender, Linda de Vos, Sigi Graue, Heinz Koderer, Alois Aschenbrenner oder Fritz Teufel an (44d, 44e). Darüber hinaus versinnbildlicht so mancher der oft hemdsärmelig vervielfältigten Zettel den beißenden Witz und die antiautoritäre Provokationslust, die den Protest der 68er-Studenten kennzeichnen (44a, 44b, 33b). Welche Stilblüten die studentische Argumentation bisweilen trieb, beweist ein Satz aus dem gemeinsamen Publikationsorgan *MSZ* der Münchner Hochschul-AStAs vom Januar 1969: „, Psychologischer Dienst‘ [der Polizei] und , Bayerisches Oberstes Landesgericht‘ sind die wirkliche dialektische Einheit des Widerspruchs von scheidendemokratischer Liberalität und antidemokratischer Praxis“ (BayHStA, Studentische Gruppen und Gremien an der LMU München 5). Anfang 1969 ebte die gezielte Konfrontation mit der „Klassenjustiz“ zugunsten anderer Themen wieder ab.

## Exponate

### 33 Der Münchner SDS und das/der Wetter

#### a) Das Wetter im SDS-Plakat

1968

Plakat des SDS-Bundesverbands

Das wohl berühmteste SDS-Plakat „Alle reden vom Wetter. – Wir nicht.“ von Jürgen Holtfreder greift den Slogan einer seinerzeitigen Werbekampagne der Deutschen Bundesbahn auf. Anstelle einer Lokomotive sind die Köpfe von Marx, Engels und Lenin abgebildet.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Plakatsammlung 27482.

#### b) Der Münchner Wetter

1968

Anonymer Flugzettel

In München wandeln SDS-Angehörige den eingängigen Plakatspruch um. Mit der Parole „Alle reden vom Wetter – wir auch!“ rufen sie zur Teilnahme am Prozess gegen den prominenten SDS-ler Reinhard Wetter im Justizpalast am 26. September 1968 auf.

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ED 387/4.

### 34 Bilanz der Studentenprozesse

1. Mai 1969

Tabelle der bayerischen Justizverwaltung

Die tabellarische Zusammenstellung dokumentiert das Ausmaß der gerichtlichen Verfolgung von strafbaren Handlungen, die im Zeitraum vom 4. Juli 1966 bis 26. Februar 1969 bei Demonstrationen und ähnlichen Anlässen verübt worden sind. Für jedes Ereignis ist genau aufgelistet, wie viele Personen als Beschuldigte geführt werden und welche zahlenmäßigen Resultate die Ermittlungen bzw. die Strafverfahren bis dato erbracht haben.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, StK 113621.

### 35 Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen studentische Straftäter

1968–1972

Staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsakt gegen Rolf Pohle

Der Ermittlungsakt gegen Rolf Pohle wegen dessen Teilnahme an der Karfreitagsdemonstration vor dem Buchgewerbehaus am 12. April 1968 liegt noch bei der Staatsanwaltschaft München I. Außer dem Originalaktendeckel sind nur mehr die wichtigsten Schriftstücke erhalten, da der ursprünglich unter dem Aktenzeichen 2 Js 358/68 geführte Band routinemäßig ausgedünnt worden ist – eine Praxis, die in der Justizverwaltung bei minderschweren Delikten üblich ist.

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I, Az. 2 Ls 7/69; gezeigt wird der geschlossene Akt.

### 36 Strafanzeigen der Polizei

3. Dezember 1968

Strafanzeige des Polizeipräsidiums München

In der Strafanzeige wird ein 19-jähriger Student aus Mainz beschuldigt, anlässlich des Juristenballs im Hotel Bayerischer Hof an einer „öffentlichen Zusammenrottung“ teilgenommen zu haben. Die erste Seite des Anzeigenformblatts enthält die Personalien des Täters, den Tatbestand und die möglicherweise verletzte Strafbestimmungen. Anschließend folgt auf drei weiteren Seiten eine ausführliche Schilderung des Sachverhalts aus der Sicht des anzeigenden Polizeibeamten.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 9566; gezeigt wird Seite 1.

### 37 Harte Aburteilung studentischer Rechtsbrecher

18. April 1968

Urteilsschrift des Amtsgerichts München

In dem insgesamt siebenseitigen Urteilsspruch des Amtsgerichts München werden die jeweiligen Tathergänge nachgezeichnet und das hohe Strafmaß begründet. Die Liste der Heinz Koderer und Alois Aschenbrenner angelasteten Vergehen – darunter vor allem Sitzblockaden,

Missachtung des universitären Hausverbots und die kabarettistische Einlage in Polizeiuniform – ist beachtlich. Das Gericht gelangt zu der Auffassung, dass es sich bei den beiden um hartnäckige Überzeugungstäter handle, bei denen die ganze Härte des Gesetzes angebracht sei.

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I, Az. 42 Ds 69/68, Bl. 215–221; gezeigt wird Bl. 215.

### 38 Keine Bewährungsstrafen für Studenten

18./24. März 1969

Bericht der Kriminaldirektion München an den Polizeipräsidenten, mit handschriftlichem Vermerk

Als der Psychologische Dienst des Münchner Polizeipräsidiums im Dezember 1968 dazu rät, künftig bevorzugt Bewährungsstrafen gegen studentische Demonstrationstäter zu verhängen, um den Erziehungseffekt zu erhöhen, winkt der Leiter der Kriminalpolizei entschieden ab. Andernfalls erwarte er „noch mildere und für uns unverständliche Urteile“. Auch der Polizeipräsident, der dem Vorschlag anfangs aufgeschlossen gegenübersteht, sieht eine solche Empfehlung an die Richter „im Widerspruch zur offiziellen Ansicht“.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 17432.

### 39 Praktische Tipps für Festnahme, Haft und Prozess

1968/69

Flugblatt des AStAs der Kunstakademie

Mit zwei Flugblättern, die jeweils auf Vorder- und Rückseite eng bedruckt sind, gibt der AStA der Kunstakademie seinen Mitstudenten praktische Merkregeln an die Hand. Diese sollen in Anlehnung an eine SDS-Broschüre helfen, sich bei Konflikten mit den Strafverfolgungsbehörden geschickt zu verhalten.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Flugblattsammlung 907 (2 Bl.); gezeigt werden die Seiten 1 und 4.

#### 40 Verlauf einer Verhandlung vor dem Amtsgericht München

2. März 1969

Bericht der Kriminalabteilung III an die Schutzpolizeidirektion München

In seinem Bericht für die Kollegen von der Schutzpolizei protokolliert ein Münchner Kriminalobermeister den Ablauf einer Verhandlung vor dem Amtsgericht München am 28. Februar 1969. Die Beschuldigte hat sich dafür zu verantworten, dass sie fünf Monate zuvor den Prozess gegen Reinhard Wetter gestört hat. Zunächst sind im Formblattstil die Verhandlungsdaten angegeben. Vom Richter verhängte Ordnungsstrafen werden ebenso verzeichnet wie die Reaktionen des anwesenden Publikums.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 15982.

#### 41 Umfunktionierung einer Gerichtsverhandlung im Justizpalast

1. Oktober 1968

Zeitungsausschnitt aus der *Abendzeitung*, Jahrgang 1968, Nr. 236

Auf der Titelseite der Münchner *Abendzeitung* erscheint ein großer Bildbericht über die Vorfälle anlässlich des zweiten Verhandlungstags im Wetter-Prozess am 30. September 1968. Der Journalist gibt Schlüsselpassagen des Dialogs zwischen dem wortgewandten Angeklagten und Vertretern des Landgerichts München I im Detail wieder. Die Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Anhängern Wetters sind vor allem fotografisch dargestellt. Der Artikel wird im Polizeipräsidium zu den Akten genommen.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 16394.

#### 42 Aufruf zur „Zerschlagung der Justiz“

22. September 1968

Bericht des Polizeireviere 6 an das Polizeiamt München-Nord mit anonymem Klebezettel

Eine Zivilstreife der Münchner Schutzpolizei entdeckt wenige Tage vor dem Beginn der Berufungsverhandlung gegen Reinhard Wetter zahlrei-

che Klebezettel in der Leopoldstraße, die auf den Prozess hinweisen. Dem fälligen Bericht an die vorgesetzte Dienststelle werden fünf Exemplare davon beigelegt. Der leicht lädierte Klebezettel, der von den Polizisten als „wilder Plakatanschlag“ gewertet wird, trägt kein Impressum.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 16394.

#### 43 Anti-Justiz-Demonstration mit Folgen

12. November 1968

Vergrößerter Fotoabzug des Polizeipräsidiums München

Ein Fotoreporter der Illustrierten *Quick* fertigt eine Serie von Bildern an, die den Demonstrationzug von Justizgegnern zum Auftakt des Prozesses gegen Thomas Schmitz-Bender zeigen. Abzüge seiner Aufnahmen überlässt der Journalist, dem am Rand der Veranstaltung beinahe die Kamera entrissen wird, drei Tage später der Stadtpolizei München. Die Beamten wollen anhand der detailgenauen Fotos Straftäter identifizieren.

Staatsarchiv München, Polizeidirektion München 9566.

#### 44 „Justizkampagne“ des Münchner SDS

##### a) Justizblockade durch Selbstanzeigen

November 1968

Flugblatt von Fritz Teufel (?)

Um die Absicht der Justiz zu durchkreuzen, „Rädelsführer“ stellvertretend für den Rest der aufbegehrenden Studenten abzuurteilen, kündigt das vermutlich von Fritz Teufel verfasste Flugblatt eine „Selbstanzeigenaktion“ an.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Studentische Gruppen und Gremien an der LMU München 1.

**b) Aufruf zur Provokation**

September 1968

Anonymes Flugblatt

Mit ordinärer Satire ermuntern die anonymen Autoren zum „Preispissen“ am Münchner Justizpalast anlässlich der Verhandlung gegen Reinhard Wetter.

Universitätsarchiv München, Flugblätter und Zeitungen 1967–1971.

**c) APO-„Rechtshilfe“**

1968

Infoblatt der Münchner Rechtshilfe

Zwei Studenten informieren ihre Kommilitonen über die Serviceleistungen und den Geldbedarf der „Rechtshilfe der Münchner APO“. Zusätzlich trägt das Flugblatt einen Stempel der Hochschulgruppe HSU. Auf der Rückseite sind die gesetzlichen Rechte aufgezählt, die festgenommenen Demonstranten zustehen.

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ZG/Hs München 12; gezeigt wird die Vorderseite.

**d) „Teach-in“ gegen die Justiz**

Juli 1968

Flugblatt von Hanfried Brenner

Mit diesem Flugblatt lädt der Verfasser zu einem „Teach-in“ an der LMU über „politische Justiz“ ein. Dabei soll über Aktionen während des Berufungsprozesses gegen Heinz Koderer und Alois Aschenbrenner beraten werden, der am nächsten Tag beginnt.

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ZG/Hs München 12.

**e) Einladung zum Prozess**

Juni 1968

Flugblatt der Fachschaft Soziologie der LMU

Unter Hinweis auf die Urteile der vergangenen Wochen gegen Reinhard Wetter, Frank Böckelmann und Thomas Schmitz-Bender macht die Fachschaft Soziologie der LMU darauf aufmerksam, dass in wenigen Tagen ein weiterer Prozess in München angesetzt ist. Diesmal soll Otto Friedrich („Klaus“) Schlemper wegen Landfriedens- und erschwerten Hausfriedensbruchs angeklagt werden.

Universitätsarchiv München, Flugblätter und Zeitungen 1967–1971.

*Sonderstation***Polizeiliche Filmdokumente auf Video****45 Polizeifilme von studentischen Aktionen in München****a) Demonstration nach dem Tod von Benno Ohnesorg von der LMU zum Platz der Opfer des Nationalsozialismus**

5. Juni 1967

Filmsequenz (Länge 3 min 54 sek; Original ca. 5 min)

Drei Tage nach dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg, der während einer Kundgebung gegen den Schah von Persien in Westberlin von einem Kriminalpolizisten erschossen worden ist, ziehen rund 7.000 Studenten in einem Schweigemarsch durch die Münchner Innenstadt.

Staatsarchiv München, Polizeipräsidium München, Filmsammlung 16 mm, Nr. 10.

**b) „Kettenmarsch“-Demonstration von der Leopoldstraße zum Polizeipräsidium**

27. August 1967

Filmsequenz (Länge 1 min 42 sek; Original ca. 5 min)

Unter dem Motto „Wir proben den Anstand“ will sich eine Gruppe von 26 Studenten wegen „Schahbeleidigung“ selbst anzeigen. Paarweise aneinander gekettet marschieren sie zum Polizeipräsidium. Die Polizei unterbindet den unangemeldeten Demonstrationzug nicht, beschlagnahmt aber einige Transparente und erstattet Strafanzeige.

Staatsarchiv München, Polizeipräsidium München, Filmsammlung 16 mm, Nr. 9.

**c) Protestaktion gegen eine in Berlin erfolgte Verhaftung von Fritz Teufel am Odeonsplatz und in der Theatinerstraße**

15. November 1967

Filmsequenz (Länge 1 min 50 sek; Original ca. 5 min)

Mit einer theaterähnlichen Einlage protestiert eine Gruppe von Studenten gegen die neuerliche Verhaftung des „Bürgerschrecks“ Fritz Teufel in Berlin. Einer der Teilnehmer wird als Teufel verkleidet in einem Bettkäfig mitgeschoben, andere tragen Papiertüten auf dem Kopf, die sie als „Rädelsführer“ ausweisen. Die Münchner Polizei beendet die Aktion nach wenigen Metern, ohne dass es dabei zu Ausschreitungen kommt.

Staatsarchiv München, Polizeipräsidium München, Filmsammlung 16 mm, Nr. 9.

**d) Besetzung des Amerikahauses am Karolinenplatz**

8. Februar 1968

Filmsequenz (Länge 1 min 56 sek; Original ca. 15 min)

Nach einem SDS-Aufruf sprengen etwa 40 Studenten die Eröffnung einer Kunstaussstellung im Amerikahaus, um an symbolträchtigem Ort gegen das US-Engagement in Vietnam zu protestieren. Auf Antrag des Hausherrn werden die Besetzer von Polizeikräften gewaltsam hinaus transportiert; einige werden verhaftet.

Staatsarchiv München, Polizeipräsidium München, Filmsammlung 16 mm, Nr. 11.

**e) Ostermarsch vom Platz der Opfer des Nationalsozialismus über den Viktualienmarkt zum Alten Botanischen Garten**

15. April 1968

Filmsequenz (Länge 1 min 44 sek; Original ca. 5 min)

Der gut besuchte Ostermarsch der Münchner APO am Ostermontag 1968 greift zahlreiche innen- und außenpolitische Themen auf, steht aber hauptsächlich im Zeichen des Mordversuchs an Rudi Dutschke wenige Tage zuvor.

Staatsarchiv München, Polizeipräsidium München, Filmsammlung 16 mm, Nr. 12.

**f) „Osterunruhen“ vor dem Münchner Buchgewerbehaus in der Maxvorstadt**

12./15. April 1968

Filmsequenz (Länge 9 min 40 sek; Original ca. 18 min) [ZDF-Film]

Der studentische Protest gegen die Springer-Presse, der die Hauptschuld am Attentat auf Rudi Dutschke gegeben wird, eskaliert in den Nächten um Ostern 1968 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Ein ZDF-Team, das einige der Vorfälle am Abend des Karfreitag und des Ostermontag aufgenommen hat, stellt sein Filmmaterial später den Behörden zu Beweismittelzwecken zur Verfügung.

Staatsarchiv München, Polizeipräsidium München, Filmsammlung 16 mm, Nr. 13.

**g) Demonstration gegen die Notstandsgesetzgebung in der Münchner Innenstadt**

30. Mai 1968

Filmsequenz (Länge 50 sek; Original ca. 20 min)

Während der letzten Tage vor der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Bundestag veranstalten deren Gegner zahlreiche Aktionen in der Öffentlichkeit. Schlusspunkt ist eine Demonstration, in der das Grundgesetz symbolisch zu Grabe getragen wird.

Staatsarchiv München, Polizeipräsidium München, Filmsammlung 16 mm, Nr. 14.

**h) Störungen der Berufungsverhandlung gegen Reinhard Wetter im Justizpalast**

26./30. September 1968

Filmsequenz (Länge 4 min 40 sek; Original ca. 15 min)

Am ersten Tag des Prozesses vor dem Landgericht München I räumen Polizeikräfte den Gerichtssaal, da Anhänger des Angeklagten die Verhandlung lautstark stören. Auf den Gängen des Justizpalasts kommt es zu Handgreiflichkeiten. Während des zweiten Verhandlungstags findet eine Sitzblockade vor dem Gerichtssaal statt.

Staatsarchiv München, Polizeipräsidium München, Filmsammlung 16 mm, Nr. 15.

**i) „Happening“ zur Schließung des Trikont-Ladens in der Schellingstraße**

31. Oktober 1968

Filmsequenz (Länge 1 min 41 sek; Original ca. 5 min)

Vor dem Verkaufsladen des linksalternativen Trikont Verlags versammelt sich eine Gruppe von APO-Studenten und verbrennt am Straßenrand einen Haufen übrig gebliebener Druckschriften. Hintergrund des am Tag zuvor per Flugblatt angekündigten „Happenings“ ist die Kündigung des Mietvertrags durch eine Münchner Fleischgroßhandlung. Buchladen und Trikont Café ziehen daraufhin um.

Staatsarchiv München, Polizeipräsidium München, Filmsammlung 16 mm, Nr. 15.

**j) Demonstration anlässlich der Berufungsverhandlung gegen Thomas Schmitz-Bender vom Justizpalast zur Thierschstraße**

12. November 1968

Filmsequenz (Länge 1 min 24 sek; Original ca. 3 min)

Am Nachmittag des ersten Verhandlungstags gegen Thomas Schmitz-Bender ziehen rund 200 Demonstranten spontan vom Justizpalast in Richtung des griechischen Generalkonsulats. In der Thierschstraße blockiert ein starkes Polizeiaufgebot den Weitermarsch. Der Protestzug richtet sich vor allem gegen die Münchner Justiz.

Staatsarchiv München, Polizeipräsidium München, Filmsammlung 16 mm, Nr. 15.

## Abkürzungsverzeichnis

ADU	Aktionsgemeinschaft Demokratische Universität
APO	Außerparlamentarische Opposition
AStA	Allgemeiner Studentenausschuß
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
CSU	Christlich-Soziale Union
DIS	Deutsch-Israelische Studiengruppe
ESG	Evangelische Studentengemeinde
FDP	Freie Demokratische Partei
FSR	Fachschaftenrat
GASt	Gewerkschaftlicher Arbeitskreis der Studenten
HFF	Hochschule für Fernsehen und Film
HSU	Humanistische Studentenunion
IfZ-Archiv	Archiv des Instituts für Zeitgeschichte
KfA	Kampagne für Abrüstung
KfDA	Kampagne für Demokratie und Abrüstung
KSG	Katholische Studentengemeinschaft
LKA	Landeskriminalamt
LMU	Ludwig-Maximilians-Universität München
LSD	Liberaler Studentenbund
MInn	Innenministerium (Aktenbestand)
MJu	Justizministerium (Aktenbestand)
MK	Kultusministerium (Aktenbestand)
MSU	Münchner Studenten-Union
MSZ	Münchner Studentenzeitung
MWG	Münchner Wahlgemeinschaft
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PH	Pädagogische Hochschule
RA	Regierung von Oberbayern (Aktenbestand)
RAF	Rote Armee Fraktion
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SHB	Sozialdemokratischer Hochschulbund
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StadtAM	Stadtarchiv München
StAM	Staatsarchiv München
StK	Staatskanzlei (Aktenbestand)
TH	Technische Hochschule
UAM	Universitätsarchiv München
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen

## Quellen und Literatur

### Allgemein

Johannes Agnoli, 1968 und die Folgen, Freiburg i.Br. 1998.

Willy Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte 35), Bonn 1994.

Tariq Ali – Susan Watkins, 1968. Marching in the Streets, New York u.a. 1998.

Lothar Baier u.a., Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung, Berlin 1988.

Detlef Bald, Bundeswehr und gesellschaftlicher Aufbruch 1968. Die Widerstände des Militärs in Unna gegen die Demokratisierung. In: Westfälische Forschungen 48 (1998) S. 297–309.

Gerhard Bauß, Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin. Handbuch, Köln 1977 bzw. 2. Aufl. 1983.

Thomas P. Becker u.a., Die 68er-Bewegung und ihre archivischen Quellen. In: Der Archivar 52 (1999) S. 116–124.

Ralf Bentz u.a., Protest! Literatur um 1968. Eine Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs in Verbindung mit dem Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg und dem Deutschen Rundfunkarchiv im Schiller-Nationalmuseum Marbach am Neckar (Marbacher Kataloge 51), Marbach a.N. (1998).

Paul Berman, Zappa meets Havel. 1968 und die Folgen – eine politische Reise, Hamburg 1998.

Rainer Bieling, Die Tränen der Revolution. Die 68er zwanzig Jahre danach, Berlin 1988.

Frank Böckelmann – Herbert Nagel (Hrsg.), Subversive Aktion. Der Sinn der Aktion ist ihr Scheitern, Frankfurt a.M. 1976.

Barbara Brunotte, Rebellion im Wort. Eine zeitgeschichtliche Dokumentation. Flugblatt und Flugschrift als Ausdruck jüngster Studentenunruhen (Jugend- und Pädagogische Probleme 15), Frankfurt a.M. 1973.

Heinz Bude, Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938 bis 1948, Frankfurt a.M. 1995.

Peter Dohms, Studentenbewegung und nordrhein-westfälische Landespolitik in den 60er und 70er Jahren. In: Geschichte im Westen 12 (1997) S. 175–201.

Peter Dohms, Studentenbewegung und Überlieferungsvielfalt – das Beispiel Nordrhein-Westfalen. In: Der Archivar 52 (1999) S. 225–233.

Tilman Fichter – Siegward Lönnendonker, Macht und Ohnmacht der Studenten. Kleine Geschichte des SDS, Hamburg 1998.

Carole Fink – Philipp Gassert – Detlef Junker (Hrsg.), 1968: The World Transformed, New York 1998.

Etienne Francois u.a. (Hrsg.), 1968 – ein europäisches Jahr? (Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 6), Leipzig 1997.

Gerhard Fürmetz, Zwischen Selbstbefreiung und Klassenkampf. Schülerprotest an bayerischen Gymnasien um 1968. In: Harald Parigger – Bernhard Schoßig – Evamaria Brockhoff (Hrsg.), „Schön ist die Jugendzeit ...?“ Das Leben junger Leute in Bayern 1899–2001 (Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur 27), Augsburg 1994, S. 85–88.

Frank Uwe Fuhrmann u.a., Politisierung der Revolte: Zur Bedeutung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) für die Studentenbewegung der sechziger Jahre. In: Dietrich Herzog – Bernhard Weißels (Hrsg.), Konfliktpotentiale und Konsensstrategien. Beiträge zur politischen Soziologie der Bundesrepublik (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin 54), Opladen 1989, S. 145–179.

Herbert R. Ganslandt, Die '68er Jahre und die Friedrich-Alexander-Universität. In: Henning Kößler (Hrsg.), 250 Jahre Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Festschrift (Erlanger Forschungen, Sonderreihe 4), Erlangen 1993, S. 839–870.

Philipp Gassert – Pavel A. Richter (Hrsg.), 1968 in West Germany. A Guide to Sources and Literature of the Extra-Parliamentarian Opposition (Reference Guide 9), Washington (DC) 1998.



Der gesellschaftsgeschichtliche Ort der „68er“-Bewegung. In: Westfälische Forschungen 48 (1998) S. 1–357.

H[ans] Jürgen Gießler, APO-Rebellion Mai 1968. Die letzten zehn Tage vor Verabschiedung der Notstandsgesetze. Dokumentation und Presseanalyse dieser Tage vor dem 30. Mai 1968, München 1968.

Ingrid Gilcher-Holtey, „Die Phantasie an die Macht“. Mai 68 in Paris, Frankfurt a.M. 1995.

Ingrid Gilcher-Holtey, Kritische Theorie und Neue Linke. In: Dies. (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17), Göttingen 1998, S. 168–187.

Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17), Göttingen 1998.

Uwe Göbel, Die Studenten-Bewegung und ihre Folgen. Die politische Situation an den Hochschulen zwischen 1967 und 1977 (Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik 23), Köln 1977.

Ronald Grossarth-Maticsek, Revolution der Gestörten? Motivationsstrukturen, Ideologien und Konflikte bei politisch engagierten Studenten, Heidelberg 1975.

Heinrich Hannover, Die Republik vor Gericht 1954–1974. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts, Berlin 1998.

Hans Günter Hockerts, „1968“ als weltweite Bewegung. In: Venanz Schubert (Hrsg.), 1968. 30 Jahre danach (Wissenschaft und Philosophie 17), St. Ottilien 1999, S. 13–34.

Kurt Holl – Claudia Glunz (Hrsg.), Satisfaction und ruhender Verkehr. 1968 am Rhein, Köln 1998.

Everhard Holtmann – Heinrich Stix, Die „68er“ in Erlangen und ihre Zeit. In: Christoph Friedrich (Hrsg.), Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1743–1993. Geschichte einer deutschen Hochschule (Veröffentlichungen des Stadtmuseums Erlangen 43), Erlangen 1993, S. 139–152.

Edmund Jacoby – Georg M. Hafner (Hrsg.), 1968 – Bilderbuch einer Revolte, Frankfurt a.M. 1998.

Ingo Juchler, Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt (Beiträge zur Politischen Wissenschaft 88), Berlin 1996.

Franz-Werner Kersting, Entzauberung eines Mythos? Ausgangsbedingungen und Tendenzen einer gesellschaftsgeschichtlichen Standortbestimmung der westdeutschen „68er“-Bewegung. In: Westfälische Forschungen 48 (1998) S. 1–19.

Franz-Werner Kersting, Psychiatriereform und '68. In: Westfälische Forschungen 48 (1998) S. 283–295.

Helmut Kiesel, Literatur um 1968. Politischer Protest und postmoderner Impuls. In: Ralf Bentz u.a., Protest! Literatur um 1968. Eine Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs in Verbindung mit dem Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg und dem Deutschen Rundfunkarchiv im Schiller-Nationalmuseum Marbach am Neckar (Marbacher Kataloge 51), Marbach a.N. (1998), S. 593–640.

Thomas Kleinknecht, Die Polizei im gesellschaftlichen Diskurs. „68er“-Demonstrationen als Motor polizeilicher Bildungsarbeit. Das westfälische Beispiel. In: Westfälische Forschungen 48 (1998) S. 311–332.

Christoph Kleßmann, 1968 – Studentenrevolte oder Kulturrevolution? In: Manfred Hettling (Hrsg.), Revolution in Deutschland? 1789–1989. Sieben Beiträge, Göttingen 1991, S. 90–105.

Christoph Kleßmann, Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 343), 2. Aufl. Bonn 1997.

Werner Kohn, In der Provinz, 1968 (Das Foto-Taschenbuch 12), Berlin 1988.

Werner Kohn u.a., In Bamberg war der Teufel los. K(l)eine 68er APOlogie. Eine Collage aus mehr oder weniger zufälligen Makulatur-, Flug- und Volksblättern, Gesprächsfetzen und Momentaufnahmen, Bamberg 1993.

Wolfgang Kraushaar, 1968. Das Jahr, das alles verändert hat, München-Zürich 1998.

Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, Bd. 1–3, Hamburg 1998.

Marita Krauss, 1968 und die Frauenbewegung. In: Venanz Schubert (Hrsg.), 1968. 30 Jahre danach (Wissenschaft und Philosophie 17), St. Ottilien 1999, S. 133–161.

Jan Kurz – Pavel A. Richter, Die Protestbewegungen von 1968 als internationales Forschungs- und Quellenproblem, 1997 [unveröffentlichtes Manuskript].

Dieter Kunzelmann, Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben, Berlin-Kreuzberg 1998.

Christiane Landgrebe – Jörg Plath (Hrsg.), '68 und die Folgen. Ein unvollständiges Lexikon, Berlin 1998.

Gerd Langguth, Protestbewegung. Entwicklung – Niedergang – Renaissance. Die Neue Linke seit 1968 (Bibliothek Wissenschaft und Politik 30), Köln 1983.

Karl Lausche, „Störenfriede“ – Der Einfluß der 68er-Bewegung auf die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung. Das Beispiel der Dortmunder ÖTV. In: Westfälische Forschungen 48 (1998) S. 333–357.

Claus Leggewie, 1968: Ein Laboratorium der nachindustriellen Gesellschaft? Zur Tradition der antiautoritären Revolte seit den siebziger Jahren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/88 S. 3–15.

Edgar Lersch (Hrsg.), 1968 und die Folgen. Tagung der Historischen Kommissionen des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels und der ARD in Verbindung mit dem Deutschen Rundfunkarchiv im Deutschen Literaturarchiv in Marbach am 5. und 6. November 1998 (Medien-geschichtliche Veröffentlichungen 3), 1999 [im Druck].

Werner Lindner, Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn (Studien zur Jugendforschung 17), Opladen 1996.

Siegward Lönnendonker (Hrsg.), Linksintellektueller Aufbruch zwischen „Kulturrevolution“ und „kultureller Zerstörung“. Der SDS in der Nachkriegsgeschichte (1946–1969). Dokumentation eines Symposiums (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin 83), Opladen 1998.

Hermann Lübke, 1968. Zur kulturellen und politischen Wirkungsgeschichte in Deutschland. In: Venanz Schubert (Hrsg.), 1968. 30 Jahre danach (Wissenschaft und Philosophie 17), St. Ottilien 1999, S. 185–208.

Friedrich Mager – Ulrich Spinnarke, Was wollen die Studenten?, Frankfurt a.M. 1967.

Jürgen Miermeister – Jochen Staadt (Hrsg.), Provokationen. Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965–1971, Darmstadt-Neuwied 1980.

Reinhard Mohr – Daniel Cohn-Bendit, 1968. Die letzte Revolution, die noch nichts vom Ozonloch wußte, Berlin 1988.

Karl A. Otto, Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–70, Frankfurt a.M.-New York 1977.

Karl A. Otto, APO. Außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960–1970), Köln 1989.

Pavel A. Richter, Die Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland 1966 bis 1968. In: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17), Göttingen 1998, S. 35–55.

Lothar Rolke, Protestbewegungen in der Bundesrepublik. Eine analytische Sozialgeschichte des politischen Widerspruchs (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung 97), Opladen 1987.

Dieter Rucht, Die Ereignisse von 1968 als soziale Bewegung: Methodologische Überlegungen und einige empirische Befunde. In: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17), Göttingen 1998, S. 116–130.

Hermann Rudolph, Mehr als Stagnation und Revolte. Zur politischen Kultur der sechziger Jahre. In: Martin Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61), München 1990, S. 141–151.

Michael Ruetz, 1968. Ein Zeitalter wird besichtigt, Frankfurt a.M. 1997.

Wolfgang Ruppert (Hrsg.), *Um 1968. Die Repräsentation der Dinge*, Marburg 1998.

Fritz Sack, *Die Reaktion von Gesellschaft, Politik und Staat auf die Studentenbewegung*. In: Ders. – Heinz Steinert, *Protest und Reaktion (Analysen zum Terrorismus 4/2)*, Opladen 1984, S. 106–226.

Wolfgang Schepers (Hrsg.), *'68. Design und Alltagskultur zwischen Konsum und Konflikt*, Köln 1998.

Uta C. Schmidt, „Alle reden vom Wetter. – Wir nicht.“ *Das Plakat als Medium*. In: Wolfgang Ruppert (Hrsg.), *Um 1968. Die Repräsentation der Dinge*, Marburg 1998, S. 46–63.

Michael A. Schmidtke, „Die Kunst des radikalen Nebeneinanders“. *Die künstlerischen Avantgarden der Happening-Kunst und die politische Protestbewegung der sechziger Jahre*. In: *Westfälische Forschungen* 48 (1998) S. 21–37.

Franz Schneider (Hrsg.), *Dienstjubiläum einer Revolte. „1968“ und 25 Jahre*, München 1992.

Michael Schneider, *Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968)* (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte 17), Bonn 1986.

Ingeborg Schober, *Amon Düül. Tanz der Lemminge. Anfänge deutscher Rockmusik in der Protestbewegung der 60er und 70er Jahre*, Augsburg 1994.

Venanz Schubert (Hrsg.), *1968. 30 Jahre danach* (Wissenschaft und Philosophie 17), St. Ottilien 1999.

Lutz Schulenburg (Hrsg.), *Das Leben ändern, die Welt verändern! 1968. Dokumente und Berichte*, Hamburg 1998.

Kristina Schulz, „Bräute der Revolution“: *Kollektive und individuelle Interventionen von Frauen in der 68er-Bewegung und ihre Bedeutung für die Formierung der neuen Frauenbewegung*. In: *Westfälische Forschungen* 48 (1998) S. 97–116.

Jürgen Seifert, *Der Kampf um die Notstandsgesetzgebung und die antiautoritäre Bewegung*. In: Venanz Schubert (Hrsg.), *1968. 30 Jahre danach* (Wissenschaft und Philosophie 17), St. Ottilien 1999, S. 99–115.

Robert Simon, *Studentischer Protest in Erlangen seit 1968*. In: Christoph Friedrich (Hrsg.), *Die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1743–1993. Geschichte einer deutschen Hochschule (Veröffentlichungen des Stadtmuseums Erlangen 43)*, Erlangen 1993, S. 475–485.

Norbert Steinborn – Hilmar Krüger, *Die Berliner Polizei 1945 bis 1992. Von der Militärreserve im Kalten Krieg auf dem Weg zur bürgernahen Polizei?*, Berlin 1993.

Cora Stephan, *Der Betroffenheitskult. Eine politische Sittengeschichte*, Berlin 1993.

Karl Strobel – Gisela Schmirber (Hrsg.), *Drei Jahrzehnte Umbruch der deutschen Universitäten. Die Folgen von Revolte und Reform 1968–1974 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 7)*, Vierow 1996.

Lothar Strogies, *Die Außerparlamentarische Opposition in Nürnberg und Erlangen (Erlanger Studien 108)*, Erlangen-Jena 1996.

Hans-Ulrich Thamer, *Die NS-Vergangenheit im politischen Diskurs der 68er-Bewegung*. In: *Westfälische Forschungen* 48 (1998) S. 39–53.

Rolf Uessler, *Die 68er: „Macht kaputt, was Euch kaputtmacht!“ APO, Marx und freie Liebe*, München 1998.

Lothar Voigt, *Aktivismus und moralischer Rigorismus. Die politische Romantik der 68er Studentenbewegung*, Wiesbaden 1991.

Henning Vossberg, *Studentenrevolte und Marxismus. Zur Marxrezeption in der Studentenbewegung auf Grundlage ihrer politischen Sozialisationsgeschichte*, München 1979.

Sabine Waldmann, „Es muß alles anders werden, wurscht was!“. *Die Entwicklung politischen Denkens und Handelns bei ehemaligen ApO-Studenten (Gemeindepsychologische Perspektiven 5)*, München 1991.

Wolfgang Weber, *Die „Kulturrevolution“ 1968*. In: Volker Dotterweich (Hrsg.), *Kontroversen der Zeitgeschichte. Historisch-politische Themen im Meinungsstreit (Schriften der Philosophischen Fakultäten der Universität Augsburg 48)*, München 1998, S. 207–228.

Klaus Weinhauer, *Innere Unruhe. Studentenproteste und die Krise der westdeutschen Schutzpolizei in den 1960er Jahren*. In: Gerhard Fürmetz – Herbert Reinke – Klaus Weinhauer (Hrsg.), *Reform und Alltag der*

Polizei in West- und Ostdeutschland 1945–1969, Hamburg 1999 [im Druck].

Klaus Weinbauer, Die hamburgische Studentenbewegung in der schutzpolizeilichen Wahrnehmung (1965–1969) oder: Von „Leithammel“, „Einpeitschern“ und „akuten Massen“. In: Arnold Sywottek (Hrsg.), Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren. Universität und Studentenbewegung in Hamburg in den 1960er Jahren, Hamburg 2000 [im Druck].

Hildegard Weiss, Die Ideologientwicklung in der deutschen Studentenbewegung (Wiener sozialwissenschaftliche Studien 3), München-Wien 1985.

Frank Werkmeister, Die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg in der Bundesrepublik Deutschland 1965–1973, Phil. Diss. Marburg 1975.

Reinhard Wetter – Frank Böckelmann, Knast-Report, Frankfurt a.M. 1972.

Werner Wiater, Geschichte der Universitäten und Hochschulen von 1900 bis 1990. In: Max Liedtke (Hrsg.), Handbuch der Geschichte des bayerischen Bildungswesens, Bd. 4, Bad Heilbrunn (Obb.) 1997, S. 679–717.

Michael Wolffsohn, Kinder der Nazi-Eltern? Vergangenheitsbewältigung, Antisemitismus und die 68er. In: Venanz Schubert (Hrsg.), 1968. 30 Jahre danach (Wissenschaft und Philosophie 17), St. Ottilien 1999, S. 163–183.

## Zu München

Reinhard Bauer – Ernst Piper, München. Die Geschichte einer Stadt, München-Zürich 1993.

Volkhard Brandes, Wie der Stein ins Rollen kam. Vom Aufbruch in die Revolte der sechziger Jahre, Frankfurt a.M. 1988.

Josef Falter, Chronik des Polizeipräsidiums München, 2. Aufl. München 1995.

Michael Farin (Hrsg.), Polizeireport München 1799–1999, München 1999.

Günter Gerstenberg, Hiebe, Liebe und Proteste. München 1968. Einige Schlaglichter und Kommentare zur gleichnamigen Ausstellung im Münchner Gewerkschaftshaus vom 8.4. bis 8.5.1991, Ingolstadt 1991.

Stefan Hemler, Der AStA der Ludwig-Maximilians-Universität München und die Studentenbewegung, Zulassungsarbeit LMU München 1996.

Stefan Hemler, München '68 – war da was? Überlegungen zur Erforschung der Studentenbewegung anhand bedeutsamer Marginalien. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 13 (1998) Nr. 2, S. 117–136.

Stefan Hemler, Von Kurt Falthäuser zu Rolf Pohle. Die Entwicklung der studentischen Unruhe an der Ludwig-Maximilians-Universität München in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. In: Venanz Schubert (Hrsg.), 1968. 30 Jahre danach (Wissenschaft und Philosophie 17), St. Ottilien 1999, S. 209–241.

Peter Jakob Kock, Der Bayerische Landtag 1946 bis 1986, Bamberg 1988.

Nina Krieg, Die „Weltstadt mit Herz“. Ein Überblick 1957 bis 1990. In: Richard Bauer (Hrsg.), Geschichte der Stadt München, München 1992, S. 413–421.

Wolfgang Quint, Wissenschaft und Kunst in Bayern von 1945 bis heute. In: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst (Hrsg.), Tradition und Perspektive. 150 Jahre Bayerisches Kultusministerium, München 1997, S. 126–155.

Andreas Renz, Die Studentenproteste von 1967/68 im Spiegel der Münchner Presse (tuduv-Studien, Reihe Politikwissenschaften 57), München 1992.

Hella Schlumberger, Türkenstraße. Vorstadt und Hinterhof. Eine Chronik, erzählt, München 1998.

Johanna Schmidt-Grohe, Blick zurück ohne Zorn, auf der Suche nach einer verlorenen Zeit. In: Thomas Zacharias (Hrsg.), Tradition und Widerspruch. 175 Jahre Kunstakademie München, München 1985, S. 216–221.

Helmut Schneider, Das Jahr 1969: Voraussetzungen und Folgen. In: Thomas Zacharias (Hrsg.), Tradition und Widerspruch. 175 Jahre Kunstakademie München, München 1985, S. 205–215.

Manfred Schreiber, Das Jahr 1968 in München. In: Venanz Schubert (Hrsg.), 1968. 30 Jahre danach (Wissenschaft und Philosophie 17), St. Ottilien 1999, S. 35–52.

Wolfgang J. Smolka, Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg: 1945 bis heute. In: Ludwig-Maximilians-Universität München (Hrsg.), Ludwig-Maximilians-Universität München, München 1995, S. 118–157.

Stefan Thiery, 150 Jahre bayerisches Kultusministerium. Eine Dokumentenausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs (Kleine Ausstellungen 6), München 1997.

Erwin Tochtermann, Die Leichen im Keller der bayerischen Justiz, München 1983.

Hans-Jochen Vogel, Die Amtskette. Meine 12 Münchner Jahre. Ein Erlebnisbericht, München 1972.

Andreas Voith, Die „Schwabinger Krawalle“ 1962: Eine Studie zu Konfliktlagen in den 60er Jahren, Magisterarbeit LMU München 1999.

Hartmut Wächtler – Brigitte Bruns, Die Rechtshilfe der APO in München und die RAF-Prozesse. In: Petra Kraus u.a. (Hrsg.), Deutschland im Herbst. Terrorismus im Film, München 1997, S. 102–117.